Nr. 23 – 36. Jahrgang, 04.11.2026, Tel. (03361) 5 71 79

Fürstenwalder FW Die Fürstenwalder Zeitung

Älteste Anzeigenzeitung in Fürstenwalde

Große Photovoltaik-Parks geplant

Bürger wehren sich



Dieser Anblick könnte bald traurige Realität werden. Hier soll eine einzigartige Landschaft und die Lebensräume von vielen Tieren zerstört werden.

Fotobearbeitung: U. Hintze

Unser Landkreis Oder-Spree ist ein ländlicher Kreis, der sich durch seine schöne Landschaft und seinen Artenreichtum auszeichnet.

Die Tourismusbranche wirbt hier vielerorts mit dem Slogan: „Urlaub in unserer Region – Natur pur“.

Die Gemeinde Tauche plant den Beschluss eines Flächennutzungsplans, der rund um Giesensdorf-Wulfersdorf die Umwandlung von 105 ha Ackerflächen in drei riesige Solarparks vorsieht. Diverse Sonderflächen sind hier ausgewiesen ohne Rücksicht auf schützenswerte Natur- und Landschaftselemente So sind z.B. Biotope nicht eingetragen.

Von der geplanten Umwandlung von 105 ha Ackerland in Photovoltaikfläche, beschönigend „Solarpark“ genannt, sollen im nördlichen Teil 31 ha auf dem ehemaligen Weinberg, in unmittelbarer Nähe (zum Teil nur 200m) zum Ortsteil Wulfersdorf und dem Fischteich entstehen. Im östlichen Teil sollen 51 ha Solarfläche und im südlichen Bereich weitere 23 ha Photovolatik (4m hohe Paneele) in unmittelbarer Nähe zum Kossenblatter See aufgestellt und eingezäunt werden.

Besonders brisant ist, dass der Ortsvorsteher von Wulfersdorf, der auch Gemeindevertreter ist, befangen ist, da er zugleich der Vorsitzende der hiesigen Agrargenossenschaft ist, welche aus wirtschaftlichen Interessen die landwirtschaftlichen Flächen hierfür zur Verfügung stellen wird. Die beiden anderen Ortsvertreter enthalten sich der Meinung, so dass niemand die Interessen der Bürger vertritt, welche die einzigartige Landschaft und die Lebensräume von so vielen Tieren schützen wollen.

Stellungnahmen von zwei Behörden hierzu wurden bei der Beschlussfassung der Gemeindevertreterversammlung am 24.09.2026 ignoriert. Die Untere Naturschutzbehörde bezeichnet den Eingriff in das Landschaftsbild als nicht zu kompensieren und die Regionale Planungsgemeinschaft nennt das hochwertige Landschaftsbild als ungeeignet für Photovoltaikanlagen.

Weiter auf Seite 5

EP: Electro Christoph
Hausgerätekundendienst - Meisterbetrieb -
Unser Service macht den Unterschied
- Hausgeräteservice
- alle Fabrikate
- Einbaugeräteservice
Hausgeräte-Kundendienst Service: (03361) 6 92 25



Ente, Gans und Frikassé, Braten vom Hirschkalb
fix & fertig für zu Hause bestellen!

Zu Ente*, Gans und Hirschbraten gibt es Klöße, Rotkohl und Grünkohl.
*aus Brandenburg

Bitte bestellen Sie rechtzeitig!
Das Angebot gilt ab 14.11.2026

GASTSTÄTTE
Zum Goldenen Hirsch
Pizza-Partyservice, Festsaal & Catering

Inh. Anja Kraft · Falkenberger Str. 37 · 15848 Buckow
Tel.: 033675 - 50 11 · Mobil: 0171 - 987 22 64
www.gaststätte-baatz.de

Sternenzeit
in der
Gärtnerei Heinrich
in Lindenberg

Weihnachtliche Stimmung
vom 15. November bis 15. Dezember
Inspirationen zu Weihnachten,
frische Gestecke und vieles mehr

Öffnungszeiten
Montag-Freitag 8-18 Uhr
Samstag 8-13 Uhr

Advent-Öffnungszeiten
Samstag, 14.11. 8-13 Uhr / 21.11. 8-16 Uhr
Sonntag, 15.11./22.11. 11-16 Uhr

Hauptstraße 13 · 15848 Lindenberg
033677 - 5933 · www.gaertnerei-heinrich.de
Gärtnerei erleben







Scotland
GEIGENBAU

Wo Handwerk und Musik zusammenfinden

Was in der 6. Klasse mit einem Kunstprojekt begann, wird Wirklichkeit: Zum 1. Oktober macht sich die 27-Jährige als Geigenbaumeisterin Jane Scotland in Fürstenwalde selbstständig.

Der Berufswunsch entstand im Projekt „Ich in meiner Zukunft". Schon zuvor hatte das Cello, das seit der 1. Klasse gespielt wird, den Kontakt zu einer Berliner Geigenbauwerkstatt hergestellt. Ein Musikstudium kam dagegen nie infrage. Die Freude an der Musik sollte erhalten bleiben – verbunden mit dem Wunsch, handwerklich zu arbeiten. Im Geigenbau fanden schließlich Handwerk, Musik, Kunst und Tradition zusammen.

Mit 16 begann die Ausbildung in einem Berliner Geigenbaubetrieb, die Berufsschule folgte in Mittenwalde. Nach weiteren Berufsjahren und viel praktischer Erfahrung wurde 2026 die Meisterprüfung erfolgreich abgelegt. Ein wichtiger Schritt auf dem Weg in die Selbstständigkeit war bereits 2024 das Angebot des Berliner Geigenbaumeisters Andreas Kägi, seine Werkstatt perspektivisch zu übernehmen. Bis heute arbeiten beide eng zusammen.

Handwerk mit Gefühl

Geigenbau bedeutet mehr als präzises Arbeiten. Der Geruch des Holzes, das Arbeiten mit den Händen und die intensive Auseinandersetzung mit dem Instrument gehören ebenso dazu wie Geduld, Erfahrung und ein gutes Gespür. Beim Bau entsteht vieles nicht allein nach festen Maßen, sondern über Hören und Fühlen.

Besonders ist der Moment, wenn ein Instrument nach hunderten Arbeitsstunden erstmals gespielt wird: Aus Holz ist ein Instrument geworden – und aus Handwerk Musik.

Von Neubau bis Reparatur

In Fürstenwalde sollen Geigen, Bratschen und Celli entstehen – allerdings nur wenige pro Jahr. Den Schwerpunkt bilden Reparaturen und Wartung: von Reinigungen und kleinen Leimarbeiten bis zum Saitenwechsel oder dem Neubespannen von Bögen.

Auch Mietinstrumente gehören zum Angebot. Neben Schülerinstrumenten können selbstgebaute Meisterinstrumente etwa für Vorspiele oder Jugendmusikwettbewerbe ausgeliehen werden. Persönliche Betreuung soll dabei ein wichtiger Bestandteil bleiben – etwa bei Schäden, einem Wechsel der Instrumentengröße oder klanglichen Anpassungen.

Fürstenwalde bietet dafür gute Voraussetzungen: Die Stadt ist gut an die umliegenden Orte angebunden und liegt in der Nähe mehrerer Musikschulen. Auch die bisherigen Berliner Kunden bleiben gut erreichbar.

Geigenbau Scotland

Tel.: 01520 531 07 15
E-Mail: geigenbau-scotland@gmx.de
Website: www.geigenbau-scotland.de



Es ist Herbst!



Von Jan Knaupp

Der Herbst ist da und mit ihm greift die kalte Jahreszeit mit feuchtmatschigen Fingern nach uns.

Die nierenfreundlichen „Feinrippschlüppa“ und die kratzigen Rosshaarsocken harren ihrem Einsatz entgegen, die Blätter an den Bäumen haben sich verfärbt und ziehen einen Schlussstrich unter ihr kurzes Dasein. Sie verlassen das Geäst und sinken, einem depressiven Abschiedsgruß gleich, zu Boden. Da liegen sie dann noch eine Weile herum und gammeln vor sich hin.

Sogenannte Zugvögel verlassen unsere Breiten komischerweise gar nicht mit dem Zug, stattdessen fliegen sie einfach in wärmere Gefilde. Fliegevögel also! Das artverwandte flügelgestutzte Federvieh kann von einem Reißaus nur träumen. Und das auch nicht mehr lange. Die vorweihnachtliche Ausblutungszeremonie rückt immer näher, der eiskalte Gefriertruhensarg wartet auf geköpfte und gerupfte Insassen. Vielleicht ist dieses intensive menschliche Schlachtverhalten auch der Grund dafür, dass all das flugfähige Getier sich hier jetzt aus dem Staub macht! Die können ja nicht wissen, dass wir im Moment nur flügellahme Kreaturen aus Massen-, aus Käfig- oder bestenfalls aus Freilandhaltung töten.

Ja, in ein paar Wochen ist Weihnachten. Sie haben richtig gelesen, in sieben Wochen ist schon der sogenannte Heiligabend. Auch Ungläubigen wie mir ist dieser Abend irgendwie heilig. So halbwegs harmonisch beieinander hocken, etwas Tannenduft, besagtes Geflügel – tot und knusprig, dazu einen anständigen Rotweinrausch – fertig ist die Laube bzw. der Weihnachtsabend.

Wirtschaftlich gesehen sind wir ja jetzt schon längst in der Vorweihnachtszeit. Die Vermarktungsstrategien der Lebensmittel- und Genusswarenindustrie haben den Herbst ja abgeschafft. Dadurch beginnt das kulinarische Jahr hier mit österlichen Schokohasen, geht danach gleich zur vakuumverpackten Grillspezialitätensaison über, worauf sofort die Pfefferkuchenzeit folgt. Ab September dann Weihnachtsgebäck soweit des Einkäufers Auge reicht.

Das ist nun schon seit 36 Jahren so. Mit dem Verschwinden der DDR überraschte uns die plötzliche Marktwirtschaft mit weihnachtlicher Konsumfülle zur Herbstzeit. Aber daran sind wir wahrscheinlich selbst schuld. Es könnte ja möglich sein, dass kurz nach der Wende, durch anfängliche Logistikprobleme, die weihnachtstypischen Geschmacksträger verfrüht ins Neuland geliefert wurden. Als kampferprobter DDR-Bürger hat man dann sicherheitshalber auf Vorrat gekauft und den vorweihnachtlichen Heilsbringern der Schoko- und Backindustrie einen fetten Vorweihnachtsbonus beschert. Der Herr Ferrero, der Dr. Oetker und die Frau Sarotti mussten dadurch ja den Eindruck gewinnen, dass im Osten das Weihnachtsfest schon im September beginnt. Wäre doch logisch. Oder!?

Aber ich schweife ab. Ich wollte Sie doch nur vorwarnen. In dreieinhalb Wochen ist der 1. Advent, dann hat es sich gefühlstechnisch komplett ausgeherbstet. Lassen Sie sich jetzt noch nicht von Stolle, Lebkuchen und Glühwein verführen. Ergötzen Sie sich lieber am goldenen Licht und dem Rascheln der Blätter. Genießen Sie lange Spaziergänge auf matschigem Untergrund und freuen Sie sich auf die ersten Sturmschäden. Es ist Herbst!

Impressum
FW erscheint im 36. Jahrgang

Gründer von FW:
Andreas Baucik †
und Michael Hauke

Verlag: Michael Hauke Verlag e.K., Alte Langewahler Chaussee 44, 15517 Fürstenwalde, Tel.: (03361) 5 71 79
www.hauke-verlag.de
(hier finden Sie auch unsere DSGVO-Informationen)
Postanschrift: Michael Hauke Verlag e.K., Alte Langewahler Ch. 44, 15517 Fürstenwalde. V.i.S.d.P.: Michael Hauke.
E-Mail: info@hauke-verlag.de. **Druck:** Pressedruck Potsdam GmbH, FW erscheint alle 14 Tage am Mittwoch/Donnerstag im Altkreis Fürstenwalde. Es gelten die Mediadaten unter www.hauke-verlag.de. Anzeigen- und Redaktionsschluss ist jeweils am Donnerstag vor Erscheinen, 12.00 Uhr.

Anzeigenblätter in Brandenburg seit 1990
HAUKE VERLAG

Die Zeitungen des Hauke Verlages:

FW, die Fürstenwalder Zeitung
Tel. (03361) 57 179
Jan Knaupp: 0172/600 650 2
Bianca Laube: (03361) 57 179

BSK, die Beeskower Zeitung
Tel. (03361) 57 179
Jan Knaupp: 0172/600 650 2

Kümmels Anzeiger
Tilo Schoerner: (03361) 57 179

Grundgesetz, Artikel 5
Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.

So gesehen

Zeitungskolumnen2002-2025

von Jan Knaupp
im Hardcover mit 260 Seiten für 19,90 € erhältlich bei:



Online-Bestellung
• www.hauke-verlag.de/buchbestellung
• www.kopp-verlag.de
(Bitte geben Sie „Jan Knaupp“ als Suchbegriff ein)

Fürstenwalde:
• Hauke-Verlag, Alte Langewahler Chaussee 44
• Musik & Buch Wolff, Eisenbahnstraße 140

Beeskow:
• Buchhandlung Zweigart, Berliner Straße 21

Lindenberg:
• bft Tankstelle,Beeskower Straße

Neuenhagen:
• Buchhaus Bünger, Ernst-Thälmann-Straße 36



Matthias Rudolph: „Jedes politische Lager muss sich von seinen Extremisten befreien.“

Am 3. Oktober 2026 fanden in Fürstenwalde zwei Veranstaltungen statt: eine Großveranstaltung der AfD auf der Bullenwiese und als Reaktion darauf das Festival für Vielfalt und Solidarität des Aktionsbündnisses „Dialog und Demokratie“ und der Evangelischen Kirchengemeinde am Dom. Rund um die Veranstaltung an der Bullenwiese kam es zu Auseinandersetzungen und Straftaten, die anschließend überregional für Aufmerksamkeit sorgten.

Bürgermeister Matthias Rudolph war vor Ort. Hier ein Statement von ihm zu den Ereignissen vor, während und nach den Veranstaltungen.

„Am Tag der Deutschen Einheit haben aus meiner Sicht zu viele Menschen ihre Zeit damit verbracht, sich voneinander abzugrenzen und sich gegenseitig in den eigenen Überzeugungen zu bestätigen. Dabei steht dieser Tag eigentlich für etwas anderes: für die Fähigkeit, Trennendes zu überwinden.

Ich war an diesem Tag bei beiden politischen Veranstaltungen und habe mit Menschen aus unterschiedlichen politischen Lagern gesprochen. Genau das ist meine Aufgabe. Als Bürgermeister der ganzen Stadt lasse ich mich weder von der einen noch von der anderen Seite vereinnahmen. Klar zu sagen ist: Dass es im Zusammenhang mit den Veranstaltungen zu verbalen Übergriffen, körperlicher Gewalt und anderen Straftaten gekommen ist, ist nicht hinnehmbar. Vandalismus und vor allem Gewalt sind keine Form der politischen Auseinandersetzung und dürfen nicht mit einer politischen Haltung oder einem vermeintlich guten Zweck gerechtfertigt werden. Das gilt unabhängig davon, von wem sie ausgehen.

Bei der anschließenden Berichterstattung hat mir an vielen Stellen die Differenziertheit gefehlt, die wir sonst gerade in diesen Tagen so häufig einfordern. Wenn Menschen bewusst provozieren, um Reaktionen zu erzeugen und damit Aufmerksamkeit und Klickzahlen zu erzielen, dann gehört auch das zur Einordnung eines Geschehens. Provokation ist kein Freibrief für Gewalt – aber sie ist auch kein Verhalten, das wir gesellschaftlich einfach als gegeben hinnehmen sollten. Am Ende ist es mittlerweile ein Geschäftsmodell, dessen Erfolg auf Klickzahlen und Likes beruht. Ich lasse mir gern von den Content Creatorn das Gegenteil beweisen, dass es bei Ihren Beiträgen nicht um Reichweite und damit deren Einkommen, sondern Aufklärung geht.

Mein Eindruck ist, dass Fürstenwalde an diesem Tag teilweise zur Bühne gemacht wurde. Menschen kamen mit der Absicht, politische Auseinandersetzungen zu dokumentieren, Zuspitzungen zu erzeugen und damit Aufmerksamkeit zu generieren. Einzelne Bilder und Videos verbreiteten sich anschließend bundesweit. Dabei ging es eigentlich nicht mehr um Fürstenwalde und die Menschen, die hier leben, sondern um die nächste Schlagzeile, die nächste Empörung und die nächste Klickzahl. Das halte ich für eine gefährliche Entwicklung. Denn es vertieft die Gräben und es geraten diejenigen aus dem Blick, um die es eigentlich gehen sollte: die Menschen vor Ort und die tatsächlichen Probleme, mit denen sich unsere Gesellschaft auseinandersetzen muss. Mit denen wir uns auseinandersetzen müssen. Ich wünsche mir deshalb, dass wir uns weniger auf das Wer konzentrieren und mehr auf das Was und Warum. Warum sind Menschen wütend? Warum ziehen sich Menschen in politische Echokammern zurück? Warum haben sie das Gefühl, nicht gehört zu werden? Und warum scheint es für manche attraktiver zu sein, den anderen vorzuführen oder zu provozieren, als mit ihm ins Gespräch zu kommen?

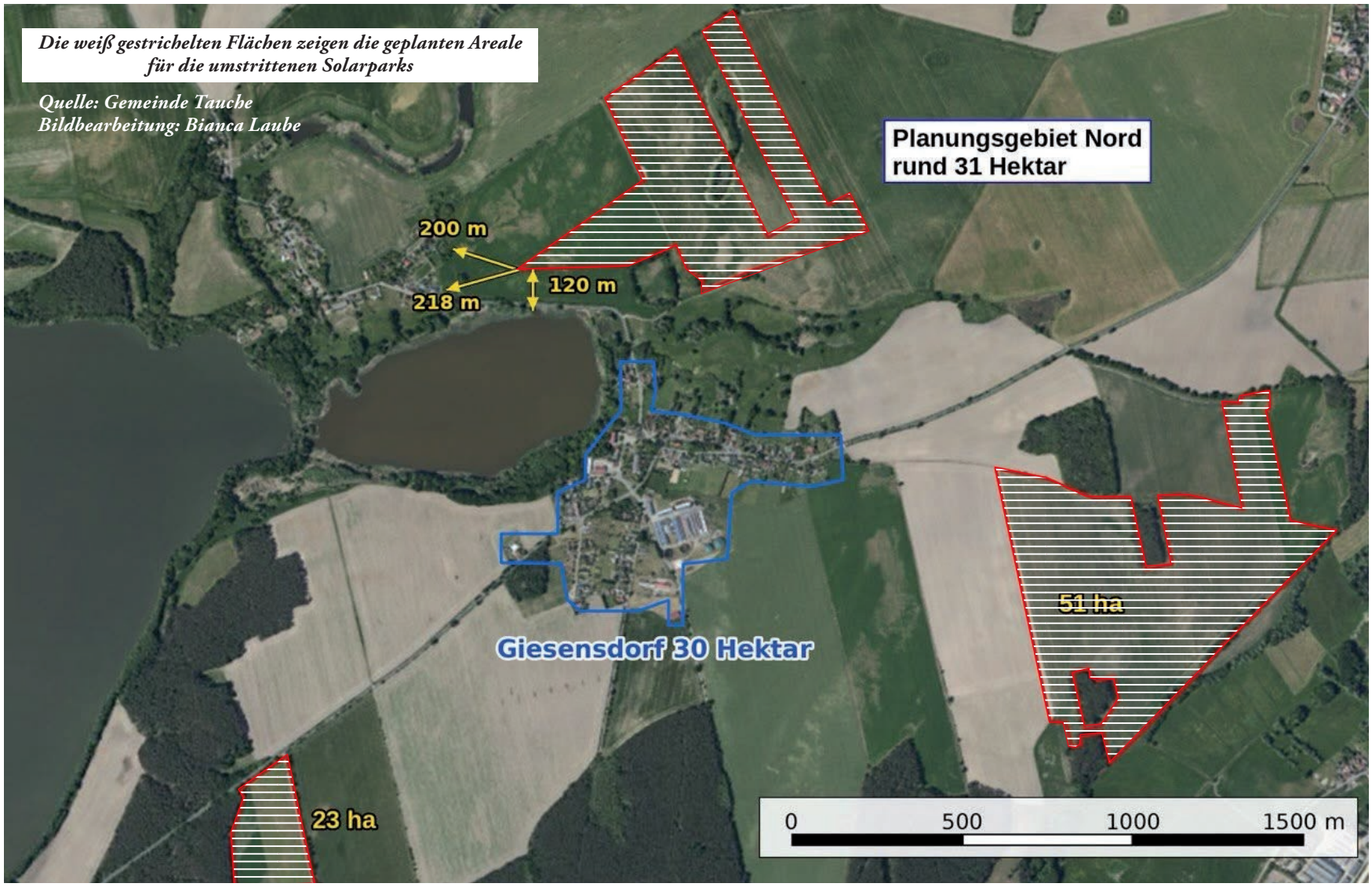
Mit Bloßstellen, Vorführen oder dem Gefühl, moralisch über dem anderen zu stehen, ist noch keine gesellschaftliche Auseinandersetzung gewonnen worden. Das gilt für alle Seiten. Wer den anderen grundsätzlich für dumm, rückständig oder moralisch minderwertig hält, wird ihn nicht erreichen. Genauso klar ist für mich aber: Extremismus darf nicht verharmlost werden. Er muss überall dort benannt und bekämpft werden, wo er auftritt – unabhängig davon, aus welcher politischen Richtung er kommt. Aber und das ist wichtig: Wir dürfen auch nicht jeden Menschen, der eine andere politische Meinung vertritt, zum Extremisten erklären. Auch das verhindert Auseinandersetzung und treibt Menschen eher weiter auseinander. Daher lehne ich die allgemeine Auffassung, dass wir uns voneinander abgrenzen sollen, weiter kategorisch ab. Meine Schlussfolgerung ist eine Andere: Jedes politische Lager muss sich seiner Extremisten entledigen, dass wir uns wieder in der Mitte treffen können und dort im Sinne der Demokratie die Argumente austauschen und die besten Lösungen für die Menschen finden. Dieser Weg wird unbequem, anstrengend und manchmal auch frustrierend. Aber es ist der einzige, der uns als Gesellschaft wirklich weiterbringen kann.

Fürstenwalde sollte deshalb nicht für die skandalträchtigsten Bilder dieses Tages stehen. Die Stadt ist mehr als das, was in einzelnen Videos zu sehen war. Und ich werde meinen Teil dazu beitragen, dass wir hier nicht nur übereinander reden, sondern miteinander – auch und gerade dann, wenn wir uns nicht einig sind. Denn solange wir Provokation über Zuhören stellen, werden wir unsere Probleme nicht lösen. Wenn wir aber bereit sind, den anderen ernst zu nehmen, ohne deshalb seine Position übernehmen zu müssen, haben wir zumindest die Chance, wieder miteinander statt nur gegeneinander zu arbeiten.“

Matthias Rudolph,
Bürgermeister Fürstenwalde
Quelle: Meldung aus Fürstenwalde, 07.10.2026, www.fuerstenwalde-spree.de







Die weiß gestrichelten Flächen zeigen die geplanten Areale für die umstrittenen Solarparks

Quelle: Gemeinde Tauche
Bildbearbeitung: Bianca Laube

Weiter von Seite 1

Die Stellungnahme der Naturparkverwaltung bezieht sich insbesondere auf die Rast von tausenden Wasservögeln im Frühjahr/Herbst, dem wunderbaren Naturspektakel, welches regelmäßig Menschen zum Schauen, Staunen, Beobachten, Genießen und Filmen anzieht. Die Fläche des Südhangs (Weinberg) schließt sich an den Fischteich an und ist einmalig.

Die Stellungnahmen von uns anwohnenden Bürgern, die wir uns vor allem gegen die Errichtung von Photovoltaikanlagen (und Einzäunung der riesigen Flächen, die so groß sind wie die Dorffläche oder der Fischteich) auf dem Weinberg ausgesprochen haben, wurden durch den Bürgermeister bislang nicht beantwortet. 22 Familien haben sich der Gemeinde gegenüber für den Erhalt der Landschaft geäußert, was ebenfalls unbeachtet blieb.

Rätselhaft erscheint die Aussage des von der Gemeinde beauftragten Planungsbüros auf der Gemeindevertreterversammlung, dass, sollten sich die Gemeindevertreter gegen den vorgelegten Flächennutzungsplan entscheiden, Schadensersatzforderungen auf die Gemeinde zukommen könnten.

Wie kann eine Planung, über welche die Gemeindevertreter erst abzustimmen haben, schon mit Schadensersatzforderungen belastet sein? Ist hier etwa schon alles „beschlossene“ Sache und die Bürgerbeteiligung nur eine Farce? Dies wäre unzulässig und ließe den Gemeindevertretern ja gar keine Wahl zu einer freien, ausgewogenen Entscheidung.

In Giesensdorf-Wulfersdorf befindet sich deshalb eine Bürgerinitiative in Gründung.

Finanzielle Interessen Einzelner dürfen nicht dazu führen, ganze Landschaften und Lebensräume unwiederbringlich zu zerstören. Die Errichtung von Industrieanlagen mitten in der dörflichen Struktur führt zu massivem Identitätsverlust.

Menschen, denen man davon berichtet, sind oft fassungslos, was in unserer Natur geplant ist.

Dann ist es aus mit dem einzigen Pfund, das unser Landkreis zu bieten hat, nämlich „Natur pur“.

Bürgerinitiative
Giesensdorf/Wulfersdorf (i.G.)

DACHBAU KÜCHLER
BEDACHUNGEN · KLEMPNEREI · ZIMMEREI
SANIERUNGEN - REPARATUREN - REINIGUNG - WARTUNG - SERVICE
Tel.: 0172 3017139
dach.kuechler@t-online.de
15569 Woltersdorf



Linden-Apotheke
Apotheker Jan Thesenvitz
Eisenbahnstr. 27 | 15517 Fürstenwalde
Mo., Di., Do. 08.00 - 18.30 Uhr
Mi., Fr. 08.00 - 18.00 Uhr | Sa. 09.00 - 13.30 Uhr

MST Reisen Herzberg GmbH & Co. KG

Für Sie unterwegs



TAGESFAHRTEN

24.11.2026

Niederlausitzer Schlachtefest
Leistungen: Busfahrt, Empfang beim Rosenwirt, Schlachtebuffet, lustiges Showprogram, Kaffeegedeck, Tanz
p.P. 87,-

01.12.2026

Lichterfahrt Magdeburg und Grünkohlessen
Leistungen: Busfahrt, Begrüßung durch den Gästeführer, Begleitung Mittagessen und anschließend 2-stündige Gästeführung, Rundfahrt inkl. kurzer Führung im Dom, Grünkohlessen in Magdeburg (auch Alternativen), Zeit zum Besuch des Magdeburger Weihnachtsmarktes
p.P. 88,-

10.12.2026

Weihnachtszauber im Landschloss Zuschendorf
Leistungen: Busfahrt, ganztägige Gästeführung „Advent im Landschloss", Eintritt Weihnachtsausstellung im Landschloss Zuschendorf, Mittagessen, Besuch den Weihnachtsmarkt in Pirna
p.P. 83,-

18.12.2026

Berliner Christmas Garden
Leistungen: Busfahrt, Eintritt Christmas Garden
p.P. 71,-

20.12.2026

Berliner Weihnachtsmarkt
Leistungen: Busfahrt, freie Zeit auf dem Weihnachtsmarkt
p.P. 42,-
erm. (bis 14 J.) 37,-



WEIHNACHTSMÄRKTE

12.12.2026	*Leipzig*	Kinder bis 14 J 49,-/Erw. 59,-
13.12.2026	*Dresden*	Kinder bis 14 J 49,-/Erw. 59,-
19.12.2026	*Schwerin*	Kinder bis 14 J 51,-/Erw. 61,-
20.12.2026	*Bautzen*	Kinder bis 14 J 46,-/Erw. 56,-

Jetzt schon an Weihnachten denken!
Geschenkgutscheine gibt es bei uns!
Sichern Sie sich jetzt bereits Ihre Weihnachtspräsente.

TAGESFAHRTEN 2027

18./19./20./21./22.01.2027

Grüne Woche
Leistungen: Busfahrt, Eintrittskarte
p.P. 52,-

30.01./20.02.2027

Grandshow Friedrichstadt-Palast – Blinded by Delight
Leistungen: Busfahrt, Mittagessen bei Mutter Hoppe, Eintrittskarte (PK2).
p.P. 130,-

17.02.2027

Rosenwirt – Ein Kessel Buntes mit Dorit Gäbler
Leistungen: Begrüßung vom Rosenwirt, Mittagessen, Programm – prickelnd, frech, lachen, Nachdenken, schauspielerisch und vieles mehr, Kaffeegedeck und Tanz .
p.P. 87,-

26.02./06.03.2027

Holiday on Ice – MIRAGE
Leistungen: Busfahrt, Mittagessen bei Mutter Hoppe, Eintritt im Tempodrom.
p.P. 125,-

08.03.2027

Frauentags Feier mit den „Matrosen in Lederhosen"
Leistungen: Busfahrt, kalt/warmes Frauentages Buffet, Frauentags Konzert mit den „Matrosen in Lederhosen" (in Mecklenburg-Vorpommern-Linstow)
p.P. 128,-

09.03.2027

Frauentags Party mit Humoristin Josefin Lempke
Leistungen: Busfahrt in die Fläminger Musikscheune nach Bräsen-Coswig, Mittagessen, Unterhaltungsprogramm mit Josefine Lempke, Kaffeegedeck.
p.P. 120,-



10.03.2027

Moritzburg mit Aschenbrödel
Leistungen: Busfahrt, Mittagessen als Tellergericht, 1,5 std. Gästeführung „Rund um Moritzburg" Schwerpkt. Rundfahrt, Kaffeegedeck (1 Pott Kaffee und 1 Stück Eierschecke), musikalischer Nachmittag mit einem Alleinunterhalter.
p.P. 115,-

MEHRTAGESFAHRTEN 2027

11.02.2027-14.02.2027

Eisskulpturenfestival Flevoland
Leistungen: 3x Ü mit HP (Villa Vennendahl Landgoedhotel, Nunspeet), 3x Frühstückbuffet und 3-Gang-Menü/Buffet-Abendessen, Eintritt niederländisches Eisskulpturen-Festival, Ausflug Amsterdam und Grachtenrundfahrt

Buchung bis 23.12.26
Letzter kostenloser Stornotermin 04.01.2027

p.P. DZ 725,-
EZZ 180,-

Hartensdorfer Str. 19 | 15848 Rietz Neuendorf OT Herzberg | Tel. 033677 326 | www.mst-reisen-herzberg.de
BÜROZEITEN Mo, Di & Do 09:00-17:00 Uhr | Mi 09:00-16:00 Uhr | Fr 09:00-13:00 Uhr

Leserbrief

Stefan Sarrach ist für mich leider ein rotes Tuch

In der MOZ vom 22.10.2026 habe ich ganz erstaunt wieder einmal den Namen des Abgeordneten Stefan Sarrach gelesen, betreffs einer Anfrage an unseren Bürgermeister Matthias Rudolph.

Stefan Sarrach ist mir noch in guter Erinnerung, seinerzeit führender Genosse der PDS. Eine von ihm geleitete Veranstaltung für die PDS-Genossen, in der ehemalige Amtsträger von Fürstenwalde geehrt wurden, wurde von mir auch besucht, da auch mein Pflegevater zu diesem Kreis gehörte.

Ich war nie Genossin der SED, auch nicht in der PDS. Aber ich weiß: Wenn meine Angehörigen noch gelebt hätten, wäre für sie nur die PDS infrage gekommen.

Doch nach einiger Zeit eine Information des Genossen Stefan Sarrach: Er ist aus der PDS ausgetreten, da er Jura studiert und Richter werden will – und da möchte er unabhängig sein. Für mich seinerzeit verständlich.

Doch nach einer gewissen Zeit eine Information in der hiesigen Presse von Frau Elisabeth Alter: „Es ist uns gelungen, einen ganz Intelligenten in unsere Partei, die SPD, zu integrieren."

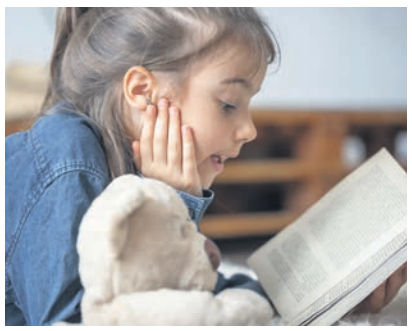
Dieser neue Genosse der SPD war Stefan Sarrach. Der Richter, der auf alle Fälle neutral bleiben wollte.

Gehört hat man von ihm bisher in dem Team unserer Abgeordneten der Stadt wenig. Na ja, noch immer regiert ein Großteil der alten Garde mit.

Nun bemüht sich SPD-Genosse Sarrach auch gegen den Bürgermeister zu schießen. Herr Stefan Sarrach ist für mich leider ein rotes Tuch.

Lieselotte Behrend

Große Erstleseraktion Stadtbibliothek



Die Stadtbibliothek Fürstenwalde setzt gemeinsam mit ihrem langjährigen Partner, der E.DIS Netz GmbH, ein starkes Zeichen für die Leseförderung. Auch in diesem Schuljahr erhalten alle Schulanfängerinnen und Schulanfänger in Fürstenwalde eine kostenfreie Jahreskarte für die Bibliotheksbenutzung. Ziel des Projekts ist es, die Neugier am Lesen und Lernen von klein auf zu wecken und Bibliotheken als festen Bestandteil des Alltags zu etablieren. Um den Erstklässlern die Hemmschwelle zu nehmen, werden die Mitgliedsausweise im Rahmen eines geführten Besuchs direkt vor Ort in der Bibliothek überreicht.

Ein weiteres großes Highlight steht im Spätherbst an: In der Aktionswoche vom 16. bis 20. November 2026 wird die Polizeipuppenbühne zu Gast sein – ein besonderes Ereignis, da die Bühne in dieser Form zum letzten Mal in der Bibliothek auftritt.

Den Erstklässlern öffnet sich mit dem Gratis-Ausweis eine bunte Medienvielfalt – von klassischen Bilder- und Erstlesebüchern über Filme, Hörbücher und Spiele bis hin den überaus beliebten Tonies.

Stadt Fürstenwalde

private Kleinanzeigen 9,50
Gewerbliche Kleinanzeigen: 18,- Euro netto
Jetzt online schalten unter:
www.hauke-verlag.de





Ratgeber für Ihre Gesundheit

„Ich glaub, es geht schon wieder los!“

von Dr. med. Thomas Völler, Grünheide, www.dr-voeller.de

„Das darf doch wohl nicht wahr sein…“ hat schon Roland Kaiser 1988 gesungen. Doch es geht heute nicht um sein zum Ausdruck gebrachtes Gefühl der „Neuen Lebenslust“, sondern um die in der letzten Oktoberwoche 2026 in unserer Praxis bekannt gewordenen Fälle von Influenza A. Diese frühen Fälle sind für mich Anlass, das Thema Prävention von Atemwegsinfektionen noch einmal aufzugreifen – *Siehe auch bei www.dr-voeller.de unter Ratgeber Gesundheit (RG).* Diese frühen Grippeerkrankungen könnten ein möglicher Hinweis für eine zunehmende Infektanfälligkeit auch durch eine „stressbedingte“ Schwäche des Immunsystems in der Bevölkerung sein. Die eigentliche „Grippezeit“ war früher infolge feuchter, kalter Witterung, Fehlernährung sowie Licht- und Bewegungsmangel von Anfang Januar bis März!

Naturheilkundliche Empfehlungen zur Stärkung des Immunsystems für Erwachsene

Regelmäßige Bewegung an der frischen Luft: Wandern, Nordic Walking oder Qi-Gong.

Warm anziehen: Bei Wind und Kälte Kopfbedeckung tragen. Warme Strümpfe anziehen, da kalte Füße reflektorisch die Nasenschleimhautdurchblutung vermindern.

Soziale Kontakte anpassen: Auf Händeschütteln und Umarmungen verzichten. In öffentlichen Verkehrsmitteln oder beim Einkauf. 1-2 Cystus 052 Bio-Halspastillen lutschen. Es soll das Eindringen von Viren in die Schleimhaut hemmen.

Luftreiniger mit Virenfilterung am Arbeitsplatz mit Publikumsverkehr: z.B. Heller Luftreiniger HLRF 180-E (für kleine Räume), HSF-KJ800C (für große Räume)

Kneipp-Anwendungen: Wechselduschen, kalte Güsse, Wasser-, Tau- oder Schneetreten. ***Wichtig:*** danach warme Socken anziehen!

Ringfingermassage fördert die Lungenfunktion. Dazu die linke Hand mit der Handkante in Ihre rechten Hand legen. Mit dem rechten Daumen mehrfach die Innenkante des linken Ringfingers vom Grundgelenk bis zur Fingerspitze massieren.

Nasenmassage fördert die Durchblutung der Nasenschleimhäute. Etwa 18-mal mit den Mittelfingern parallel entlang der Nasenflügel beidseits, auf und ab streichen.

Sonnengruß: *(RG-1)* Steigert sofort das Energielevel.

Thymiantee mit Holundersaft und Honig: Thymian und Honig (antimikrobiell) *(RG-44)*, Holundersaft (antioxitativ) *(RG-29)*. Den Honig erst zugeben, wenn der Tee trinkwarm ist. ***Kombinierbar mit:*** Holunder- oder Lindenblüten (schweißtreibend), Spitzwegerich (hustenstillend), Königskerze (schleimlösend), Ingwer (wärmend), Salbei (entzündungshemmend).

Mein Favorit seit 1997! Teemischung nach „Kräuterpfarrer“ J. Künzle (1857-1945): 40g Bibernellwurzel, 30g Quendelkraut, 20g Stechpalmenblätter, 10g Wollblumenblüten. ***Zubereitung:*** 1 TL auf 1 Tasse siedendes Wasser, 5 Minuten ziehen lassen und abfiltern, eine Tasse 2x tgl. ungesüßt oder mit Honig trinken (Leider nicht geeignet für Kinder und Schwangere).

Infektprävention

Regelmäßig Meerrettich und Kapuzinerkresse (auch in ANGOCIN Anti-Infekt N enthalten) oder Knoblauch essen, Sanddornsaft mit Honig trinken. Gelegentlich Manuka-Honig (MGO 400+) 2x tgl 1 TL lutschen, gurgeln mit H2O2 0,3 % Lösung oder Nasenspülung mit isotoner NaCl-Lösung

Ergänzende Präparate in den Wintermonaten

Zink (z.B. Zink picolinate 25 mg 1-0-0): unterstützt die Abwehrzellen

Vitamin D3+K2 (2.500IE/100µg): nach Absprache mit Ihrem Arzt, 1 Tropfen am Tag zum Essen für Immunstabilität und Knochenstärkung.

Koreanischer roter Ginseng Extrakt 500 mg: morgens eine Kapsel stärkt das Immunsystem und senkt den Entzündungsmarker TNF-α um 96% *(RG-39)*.

Bertramwurzelpulver: 3x 2 Messerspitzen zum Essen, wirkt antimikrobiell, fördert die Verdauung und Durchblutung. Hilft auch bei AIDS und schützt vor Malaria. (Dr. Louis Van Hecken, Sambia 2006)

Homöopathische Grippeprophylaxe: Nur nach ärztlicher Verordnung!

Influenzinum C9: Homöopathisierter Grippeimpfstoff des aktuellen Jahres als Ersatz für die konventionelle Impfung bei geschwächtem Immunsystem oder Autoimmunerkrankungen.

Thymuline C9: Homöop. Thymuspeptid zur Stärkung der Abwehr. Im wöchentlichen Wechsel lutschen.

2LEID: Homöop. Interleukine zusätzlichen für Personen über 65 Jahre zur Stärkung des Immunsystems.

Bei beginnenden Infektzeichen: Kopfdampfbad 1-2x tgl. mit Thymian, Kamille, Meer- oder Steinsalz, Zink auf 4x1 erhöhen, Spenglersan G 3x 5 Hübe in die Ellenbeuge einreiben (siehe Beipackzettel)

Bei Halskratzen, Hustenreiz und Heiserkeit: ideal für Redner und Sänger: Granobil (Akaziengummi, Bartflechte, Birnensaftkonzentrat) 3-4x 1 lutschen, GeloRevoice Halstabletten alle 4-6x 1 lutschen (alle 2-3 Std.)

Bei einfachen Infekten mit Husten: Umckaloabo Hustentropfen 3x 30 Tropfen oder Prospan Husten Liquid 3x 5 ml, bei Geruchs- und Geschmacksstörungen Stilaxx Hustensaft Erwachsene 4x 10 ml.

Empfehlung nach Hildegard von Bingen: 1. Tag Fasten, 2. Tag Dinkelkost, 3. Tag Hühnersuppe. Ein Suppenhuhn mit Suppengrün 90 Min. kochen, das Fleisch ablösen und Hühnerknochen 4 Stunden weiter köcheln und dann die Suppe der Wahl zubereiten!

Weiter Informationen zur Selbsthilfe finden Sie unter: RG-5 „Gesund und fit durch den Winter!“, RG-7 „Ein Infekt hat mich umgehauen!“, RG-6 „Homöopathische Taschenapotheke“

Wichtiger Hinweis: Die Empfehlungen basieren auf langjähriger Praxiserfahrung. Sie ersetzen jedoch keine individuelle ärztliche Untersuchung, Beratung oder Behandlung.

Bei anhaltenden Beschwerden, bitte rechtzeitig zum Hausarzt gehen!

04.01.2027 im Nikolai-Saal Potsdam:

Das Wiener Neujahrskonzert 2027

– Sonderpreis für Hauke-Leser –

Walzerträume schweben durch den Nikolaisaal und läuten das neue Jahr in Potsdam ein: Das Philharmonische Orchester Győr – eines der führenden Klangkörper Ungarns mit internationalem Renommee – spielt am Montag, den 4. Januar 2027 zum Wiener Neujahrskonzert „Best of Classic“ auf. Ganz in der Wiener Konzerttradition präsentiert das 46-köpfige Ensemble ab 18:00 Uhr unter Leitung von Maestro Michael Waldemar Maciaszczyk ein festliches Programm im Dreivierteltakt mit Walzern, Polkas und beschwingenden Ohrwürmern. Bekannte Melodien laden zum Träumen und Mitsummen ein.

Das Philharmonische Orchester Győr hat über die Jahre eine echte Erfolgsgeschichte geschrieben: Als eines der bedeutenden Kulturensembles Ungarns ist es auf den großen Bühnen Europas präsent und international gefragt. Besondere Anerkennung erfuhren die Musiker mit ihrem Maestro durch die Zusammenarbeit mit dem legendären Filmkomponisten Ennio Morricone sowie durch die Nominierung zum Residenzorchester der ungarischen Gala des von Plácido Domingo gegründeten Operalia-Wettbewerbs.

Karten für das Wiener Neujahrskonzert „Best of Classic“ gibt es an allen bekannten Vorverkaufsstellen. Kinder bis zehn Jahre zahlen in Begleitung eines Erwachsenen nur fünf Euro, Schüler bis 16 Jahre erhalten 50 Prozent Ermäßigung.

Kinder bis 10 Jahre erhalten in Begleitung eines Erwachsenen die Karten zu 5,00 Euro und Schüler bis 16 Jahre zahlen nur 50% vom Originalpreis.

Die Leser des Hauke-Verlages bekommen bis zu 11% Rabatt! Es ist eine Bestplatzbuchung, d,h. Sie erhalten die besten verfügbaren Plätze in der jeweiligen Preisgruppe (PG):

	Preis Eventim	Hauke Verlag
1. PG	**83,90 €**	**75,00 €**
2. PG	**75,64 €**	**67,00 €**

Ticket-Bestellungen für die Leserpreise:
bestofclassic@web.de
Stichwort: Hauke-Verlag; bitte vergessen Sie Ihre Rechnungsanschrift nicht.

Best of Classic –
Das Wiener Neujahrskonzert –
am 04.01.2027, 18:00 Uhr im Nikolaisaal Potsdam
– Oder anderswo, siehe unten –



Projekt „Stark vor Ort“

Fürstenwalde. Die Suche nach Teilnehmerinnen und Teilnehmern für die Fokusgruppengespräche im Rahmen des Projekts „Stark vor Ort“ ist auf großes Interesse gestoßen.

Bei „Stark vor Ort“ geht es nicht darum, einfach ein allgemeines Stimmungsbild zur sozialen Lage in Fürstenwalde einzuholen. Die Stadt möchte vielmehr genauer verstehen, wo Menschen im Alltag auf Hürden stoßen, welche Unterstützung tatsächlich ankommt und wo etwas verbessert werden kann.

Mit dem Projekt will die Stadt Fürstenwalde Armut nicht nur beschreiben, sondern konkrete Handlungsmöglichkeiten für Armutsprävention und Armutsbekämpfung entwickeln.

Dafür werden zunächst verschiedene Daten ausgewertet – unter anderem zu Bildung, Einkommen, Wohnen, Teilhabe und sozialen Angeboten. Diese Daten können zeigen, wo besondere Herausforderungen bestehen und wo es sinnvoll ist, genauer hinzuschauen.

Zahlen können allerdings nicht alles erklären. Sie zeigen beispielsweise, dass Menschen ein Angebot weniger nutzen – aber nicht unbedingt, warum das so ist. Vielleicht ist der Weg zu weit, die Information darüber schwer verständlich oder die Unterstützung im Alltag nicht passend. Deshalb ist es wichtig, auch die Erfahrungen der Menschen einzubeziehen, die solche Situationen selbst kennen.

Die Fokusgruppen sind dabei keine repräsentative Befragung der gesamten Bevölkerung. Sie sollen auch nicht beantworten, was „die Fürstenwalderinnen und Fürstenwalder“ insgesamt denken. Ihr Ziel ist ein anderer: Sie sollen dort genauer hinschauen, wo Daten oder bisherige Erkenntnisse auf besondere Herausforderungen hinweisen – und Erfahrungen sichtbar machen, die sich allein aus Statistiken nicht ablesen lassen.

Aus den Gesprächen können beispielsweise Hinweise darauf entstehen, wo Angebote fehlen, was schwer erreichbar ist, welche Unterstützung bereits gut funktioniert und an welchen Stellen Veränderungen notwendig sind.

Die Ergebnisse werden anschließend gemeinsam mit den Erkenntnissen aus der Datenanalyse betrachtet. So entsteht ein genaueres Bild der sozialen Situation in Fürstenwalde.

Am Ende des Projekts soll ein konkreter Maßnahmenplan für Fürstenwalde/Spree stehen. Er soll Politik, Verwaltung und soziale Akteure dabei unterstützen, künftig gezielter auf soziale Benachteiligung zu reagieren und vorhandene Ressourcen möglichst wirksam einzusetzen.

Das Projekt „Stark vor Ort – Sozialraumbezogene Teilplanung: Sozialraumanalyse der Stadt Fürstenwalde zur Identifizierung von Armutspräventionsmaßnahmen“ läuft bis zum 31. August 2028.

Stadt Fürstenwalde

CENTROPIX
Thomas Thöns | VERSOMOTION-Team | 0172-3985055

KLOUD
Messbar wirksam.

NextGen PEMF wissenschaftlich bewiesen
Wohlbefinden · Erschöpfung · Schlafqualität · Beschwerden
Benchmark-Magnetfeldtherapie — Energie auf Knopfdruck
Eine der grössten Anwenderstudien zu PEMF im Bereich Vitalität und Energie

ÜBER DEN SINN DES HÖRENS
Unser Hören entfaltet unsere Lebensqualität. Deshalb ist es so wichtig, unseren Hörsinn zu erhalten, auch wenn er mit den Jahren nachlässt. Das ist unsere Inspiration, daran mit Ihnen gemeinsam erfolgreich zu arbeiten.
☑ Entscheidende Serviceleistungen
☑ Kostenlose Höranalyse
☑ Kostenloses Probetragen von Hörsystemen
☑ Abwicklungsformalitäten mit Ihrer Krankenkasse
☑ Reparatur- und Pflegeservice, Hausbesuche, umfangreiches Zubehör

Hier abschneiden
Gutes Hören zum Festbetrag ohne Aufzahlung bis zur High-Tech-Lösung
GUTSCHEIN
ÜBER EINEN KOSTENLOSEN HÖRTEST
Einfach ausschneiden und persönlich bei uns vorbeikommen oder jederzeit telefonisch einen Termin vereinbaren.
Barrierefreie Geschäftsräume!
Beuster
Augenoptik und Hörakustik
Eisenbahnstraße 29
15517 Fürstenwalde
Tel. und Fax 03361 / 22 77

bft SERVICE TANKSTELLE LINDENBERG

bft Tankstelle Lindenberg

kraftvoll durchstarten







Unser Service für Sie:

- KfZ-Werkstatt
- Reifenservice
- Waschanlage
- Shop mit Imbiss
- Getränke
- Hermes Paketshop
- Werkzeugschärfdienst
- Gasflaschenverkauf
- Anhängervermietung
- Kraftstoffe



Freie Tankstelle Lindenberg

Tanken & mehr

MEISTERWERKSTATT

15848 Tauche – Ortsteil: Lindenberg, Apfelallee 1

www.bft-lindenberg.de

NEU: Unsere Werkstatt ist erreichbar unter

Tel.: 033677 62 0 68

Briesen – Brandstiftung

Am 30.10.2026, um 12:05 Uhr, kam es zu einem Brand einer Gartenlaube in der Garten-sparte in der Frankfurter Straße. Durch mehrere Zeuge wurde ein Knall gehört und danach entfernte sich eine unbekannte Person von der Rückseite der Laube mit einem Fahrrad.

Ob diese etwas mit der Brandursache zu tun hat, muss im Rahmen die krimi-nalpolizeilichen Ermittlungen erforscht werden. Die Begutachtung des Brandortes und die Ermittlung der Brandursache erfolgt durch Spezialisten der Kriminaltechnik.

Der Sachschaden wird in diesem Fall auf ca. 8000 Euro beziffert.

Fürstenwalde – Einbruch in Einfamilienhaus

Im Zeitraum vom 30.10.-31.10.2026 kam es zu einem Einbruch in ein Einfamilienhaus in der Breiten Straße. Unbekannte Tatverdächtige schlugen hier-bei ein rückwertiges Küchenfenster ein und gelangten so in das Innere des Hauses. Hier wurden sämtliche Räumlichkeiten durchsucht. Was konkret entwendet wurde konnte zum Anzeigenzeitpunkt noch nicht benannt werden. Zu Sicherung der Spurenlage wurden Spezialisten der Kriminaltechnik zum Einsatz gebracht.

Bad Saarow – Ermittlungen eingeleitet

Am Abend des 28.10.2026 wurde ein Mittfünfziger beim Aufschließen seiner Haustür im Schwarzen Weg von zwei Maskierten angesprochen und mit einem nicht näher zu definierenden Gegenstand bedroht. Dem Mann gelang es, sich der Situation zu entziehen und um Hilfe zu rufen. Weitere Anwohner bekamen das mit und alarmierten die Polizei. Die beiden Unbekannten flohen daraufhin.

Nach ersten Erkenntnissen könnte es sich um Einbrecher gehandelt haben, die von der Heimkehr des Geschädigten überrascht worden waren. Beschädigungen an der Tür eines weiteren Einganges sowie einem Fenster kündeten davon. Kriminaltechniker sicherten umfangreiches Spurenmaterial, welches nun ausgewertet wird.

Rietz-Neuendorf – Trickdiebstahl

Am späten Vormittag des 28.10.2026 klingelte es an der Wohnungstür eines Rentners. Ein Mann stand draußen, der angeblich Staubsauger verkaufen wollte. Unter diesem Vorwand gelang es dem noch Unbekannten, den Senior dazu zu bringen, ihm Einlass zu gewähren. Nach dem Gespräch war dann das Portemonnaie des Wohnungsinhabers verschwunden.

Wer seine Gutmütigkeit derart ausnutzte, ermittelt nun die Kriminalpolizei.

Rietz-Neuendorf – Mutmaßlichen Einbrecher in die Flucht getrieben

Der beste Schutz vor Einbrechern ist immer noch eine funktionierende Nachbarschaft!

Diese Erfahrung musste ein mutmaßlicher Einbrecher machen, als er am Vormittag des 28.10.2026 in ein Wohnhaus in der Straße Zum Anger gelangen wollte. Zeugen hatten den ihnen Unbekannten dort wahrgenommen und umgehend angesprochen. Der Mann rannte daraufhin zu einem silbergrauen Kombi mit polnischen Kennzeichen und verschwand vom Ort des Geschehens. Jetzt ist die Kriminalpolizei am Zuge, den verhinderten Langfinger aufzuspüren.

Briesen – Einbrecher aktiv

In der Nacht zum 27.10.2026 brachen bislang Unbekannte in mehrere Räumlichkeiten eines Mehrzweckhauses in der Müllroser Straße ein. Nach derzeitigem Kenntnisstand brachten sich die Täter in den Besitz von Mobiltelefonen, Tablets, Bargeld sowie Werkzeugen und Maschinen. Kriminaltechniker untersuchten den Tatort und sicherten Spuren.

Die Kriminalpolizei wird diese nun auszuwerten haben.

Fürstenwalde – Er gab keine Ruhe

Die Ernst-Thälmann-Straße wurde in der Nacht vom 26.10.2026 zum 27.10.2026 mehrfach zum Arbeitsplatz der Polizei. Ein 43-Jähriger erregte dort mehrfach das Aufsehen der Nachbarschaft durch lautes Gebaren. Am Einsatzort kehrte auch nach dem Erstauftritt der Beamten keine Ruhe ein, was zur Folge hatte, dass der 43-Jährige zur Verhinderung weiterer Störungen dem Polizeigewahrsam zugeführt wurde. Dort konnte er seine 1,60 Promille, die er auf das Display eines Atemalkoholtestes brachte, ausschlafen.

Fürstenwalde – Fall von häuslicher Gewalt

Am Vormittag des 26.10.2026 kamen Polizisten im Konstantin-E.-Ziolkowski-Ring zum Einsatz. Ein 18-Jähriger soll dort seine Mutter getreten, geschubst und beschimpft haben. Die Verletzungen der Frau mussten nicht durch Rettungskräfte behandelt werden. Die Polizei nahm Strafanzeige wegen des Verdachts der Körperverletzung im Kontext häuslicher Gewalt sowie Bedrohung und Beleidung auf. Der Heranwachsende hatte das Elternhaus auf Weisung der Polizei für die Dauer von 14 Tagen zu verlassen. Nun ermittelt die Kriminalpolizei.

Fürstenwalde – Fündig geworden

In den frühen Morgenstunden des 26.10.2026 kamen Polizisten in einem Gewerbeobjekt im Julius-Pintsch-Ring zum Einsatz. Unbekannte zerstörten dort mehrere Fensterscheiben und verschafften sich schließlich Zutritt zum Inneren des Objekts. Dort suchte man nach Verwertbaren und brachte sich in den Besitz eines Laptops sowie mehrerer Werkzeuge.

Die Polizei leitete Ermittlungen ein. Eingesetzte Kriminaltechniker untersuchten den Tatort und fanden Spuren, die es nun durch die Kriminalpolizei auszuwerten gilt.

Fürstenwalde – Buntmetalldiebe waren unterwegs

Wie der Polizei am 25.10.2026 angezeigt wurde, haben sich Einbrecher auf einem Firmengelände im Julius-Pintsch-Ring zu schaffen gemacht. In einer Lagerhalle rafften sie Buntmetall zusammen und verschwanden damit vom Ort des Geschehens. Wer sich da betätigte, ermittelt nun die Kriminalpolizei.

Fürstenwalde – Nach Streit festgenommen

Die Polizei wurde am Freitag, 23.10.2026, gegen 18:15 Uhr zum Schweinemarkt in Fürstenwalde gerufen. Zwischen Ex-Lebensgefährten kam es zu zivilrechtlichen Streitigkeiten.

Im Rahmen der Überprüfungen wurde bekannt, dass gegen einen 23-jährigen Beteiligten ein Haftbefehl vorliegt.

Die geforderte Summe, um die Haft abzuwenden, konnte zunächst nicht aufgebracht werden, sodass der Betroffene den Gewahrsamsräumlichkeiten der PI OS/FF zugeführt wurde. In der Folge kamen Familienangehörige auf die Dienststelle und bezahlten die offene Summe. Im Anschluss wurde er entlassen.

Steuererklärung? Wir machen das.



Diplom-Finanzwirt (FH)
Andy Pankow
Beratungsstellenleiter
Mühlenstraße 26
15517 Fürstenwalde
Telefon: 03361 / 377 93 18
E-Mail: Andy.Pankow@vlh.de

Vereinigte Lohnsteuerhilfe e.V.
LOHNSTEUERHILFEVEREIN

www.vlh.de
Wir beraten Mitglieder im Rahmen von § 4 Nr. 11 StBerG.

§ Anwälte in Bürogemeinschaft

Anwaltskanzlei
Marco Reschke
Fachanwalt für Familienrecht
info@ra-marcoreschke.de
www.ra-marcoreschke.de

Rechtsanwalt
Rolf Hilke
Fachanwalt für Strafrecht
anwalt@rolf-hilke.de
www.rolf-hilke.de

Familienrecht • Strafrecht • Verkehrsrecht
Arbeitsrecht • Sozialrecht • Grundstücksrecht

Eisenbahnstraße 31
15517 Fürstenwalde
Telefon: 03361/6936160
Telefax: 03361/6936162

seit 2000 in Fürstenwalde

Weihnachten in den Bergen



präsentiert von
Oswald Sattler ★ Olaf Berger ★ Alexandra Hofmann
Mo., 07.12.26 Bürgerhaus NEUENHAGEN
VVK: SchlagerTickets.com, Rainer Reisen Tel. 03342-23770
www.THOMANN-Management.de | Burgebrach

An- & Verkauf

Wir kaufen
Wohnmobile + Wohnwagen
03944-36160
www.wm-aw.de FA

Müggelheimerin **kauft alte Dinge, bitte alles anbieten** auch Sammlungen.
Tel.: 030 / 65 940 490
Funk 0157-52 42 41 23

Dienstleistungen

Brunnenbau
auf Ihrem Grundstück und im Keller, mit 10 Jahren Garantie
Fa. BBH, Tel.: 03361/347514

Biete Unterstützung für Haus u. Garten, kann auch Wasserbetten reparieren, reinigen, pflegen. Alle Führerscheinklassen und vieles mehr. Ich bin Rentner.
Tel.: 0174-570 09 25

Verschiedenes

Biete Stellplätze für Boote, Caravan, Wohnwagen sowie Mobile.
Tel.: 0173-923 89 31

Wohnungen

Barrierefreie 55-m²-Wohnung in Goyatz – ideal für ein Seniorenpaar oder einen Single. Offener Wohn-/Kochbereich, Schlafzimmer, Tageslichtbad mit Dusche, Wintergarten und Terrasse. Separater Eingang. Kaltmiete: 595 €.
Kontakt: 0176-61 19 60 11

MÄRKISEN SCHIEMANN
Saarower Straße 19
15526 Reichenwalde
☎ 033631 / 82801
www.markisen-Schiemann.de



• Markisen • E.-Antriebe
• Vertikal-Stores
• Innen- und Außenjalousien
• Steuerungen

Aus eigener Produktion:
• Rolläden • Rolltore
• Insektenschutz

Telefon 033631 / 82801

LOS: Zeichen gegen Gewalt an Frauen und Mädchen



Alle vier Minuten wird in Deutschland eine Frau Opfer von Partnerschaftsgewalt. Fast täglich wird eine Frau durch ihren Partner oder ehemaligen Partner getötet (laut Bundeskriminalamt im Jahr 2025 in Deutschland 308 Frauen und Mädchen). Hinter diesen Zahlen stehen Menschen und Schicksale, die nicht unsichtbar bleiben dürfen.

Anlässlich des Internationalen Tages gegen Gewalt an Frauen am 25. November setzt der Landkreis Oder-Spree gemeinsam mit den kommunalen Gleichstellungsbeauftragten und den Trägern der Frauenhäuser ein Zeichen gegen Gewalt und für Solidarität mit Betroffenen.

• Ausstellung „rosaROT“

Die Ausstellung „rosaROT“ thematisiert unterschiedliche Formen und Folgen von Gewalt gegen Frauen. Sie macht Betroffenheit sichtbar, sensibilisiert für das Thema und lädt zur gesellschaftlichen Auseinandersetzung ein. Die Ausstellung ist vom 3. bis einschließlich 12. November 2026 im Atrium der Kreisverwaltung in Beeskow zu sehen.

• Fahnenhissung zum Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen

Mit dem Hissen der Fahne setzt der Landkreis Oder-Spree ein öffentlich sichtbares Zeichen gegen Gewalt an Frauen und Mädchen. Die Aktion ist Teil der internationalen Kampagne „Orange the World“.

25. November 2026, 10 Uhr, Haupteingang der Kreisverwaltung Beeskow

Weitere Fahnenhissungen finden am selben Tag um 12 Uhr auf dem Marktplatz in Fürstenwalde sowie um 14 Uhr am Rathaus in Eisenhüttenstadt statt.

Mit Ausstellungen, Informationsaktionen, einer Buchlesung und einem Filmabend wird im November an verschiedenen Orten im Landkreis Oder-Spree auf das Thema Gewalt gegen Frauen aufmerksam gemacht. (Alle Informationen auf l-os.de).

Landkreis Oder-Spree

FW 24/26 erscheint am 18.11.26.

KLEINANZEIGE

Privat: 9,50 €
Gewerblich: 18,00 € netto
bis zu 150 Zeichen

Schicken Sie diesen Coupon an: *Hauke-Verlag, Alte Langewahler Chaussee 44, 15517 Fürstenwalde*
oder per E-Mail an: info@hauke-verlag.de

☐ An- und Verkauf
☐ Arbeitsmarkt
☐ Dienstleistungen
☐ Immobilien
☐ Suche
☐ Tiere
☐ Urlaub
☐ Wohnungen
☐ Verschenke (kostenlos)
☐ Rahmen (+ 2,- €)

Absender:

Name, Vorname

Straße

PLZ/Ort

Telefon oder E-Mail

Auswahl der Zeitung:
BSK ☐ FW ☐ Kümmels Anzeiger ☐

Politisches Kabarett



Foto: Harriet Eder-Buchholz

„Was ich noch sagen wollte…“ Das neue Programm von Martin Buchholz

Das Team der Alten Schulscheune freut sich sehr, dass der jahrelange Stammgast des politischen Kabaretts in der Schulscheune neben den Wühlmäusen und der Buchpräsentation mit Gregor Gysi Zeit findet, bei uns vorbeizusehen.

Aber VORSICHT: Beim Altmeister des wahren politischen Kabaretts geht es nicht um publikumswirksame Gags, der traditionell eher links eingestellte Kabarettist hält dem Publikum den Spiegel vor.

Er ist zurück, er kann nicht anders: Kabarettist Martin Buchholz. Bekannt für seine spitze Zunge und hohe Stirn, hinter der sein kritischer Geist Politik und Gesellschaft scharfsinnig kommentiert und kommentieren muss. Der gebürtige Weddinger Buchholz ist ein Satiriker der alten Schule: seit den frühen 80ern gehörte er zum Berliner Kabarett-Theater „Die Wühlmäuse“. Nach Jahrzehnten auf der Bühne und im Fernsehen zog er sich 2018 zurück in den Ruhestand – in Häuschen und Garten, offensichtlich erfolglos!

Buchholz kann die Klappe noch immer nicht halten. Sein satirisches Handwerkszeug ist nach wie vor die deutsche Sprache. Die „Süddeutsche Zeitung“ schrieb: „Martin Buchholz dreht mit seinen Sprüchen die Welt um, stellt sie vom Kopf bis auf die Füße. Einfach ein Mann, eintausend Worte. Klassisches, fieses, hintersinniges politisches Wortkabarett mit Tucholsky- und Brecht-Touch.«

Und der NDR meldete: »Was dieser Mann, der sämtliche Kabarett- und Kleinkunstpreise abgeräumt hat, mit unseren Hirnwindungen und zugleich mit unserem Zwerchfell anstellt, ist hinterhältigste Vergnügung.“

7. November, 20:00, Alte Schulscheune, Diensdorf-Radlow

Karten zu 25 Euro zzgl. Gebühr bei allen in der Gästeinformationen Bad Saarow, Fürstenwalde und Storkow oder direkt über www.Alte-Schulscheune.de (Reservix) Kartenhotline (AB) : 033677-178000

Mehr Informationen finden Sie auf der Website **www.Alte-Schulscheune.de.**

Kartenzahlung im Bürgerbüro

Seit dem 29. Oktober 2026 können Gebühren im Bürgerbüro Fürstenwalde auch mit Karte bezahlt werden.

Ob bei der Beantragung eines Personalausweises oder Reisepasses oder bei anderen gebührenpflichtigen Anliegen: Die Stadtverwaltung möchte die bargeldlose Zahlung künftig bevorzugt anbieten und freut sich, wenn möglichst viele Besucherinnen und Besucher diese Möglichkeit nutzen. Wer seine Anliegen im Bürgerbüro erledigt, kann die anfallenden Gebühren direkt vor Ort mit Karte bezahlen.

Barzahlung bleibt weiterhin möglich.

Stadtverwaltung Fürstenwalde/Spree

Fürstenwalder FW Die Fürstenwalder Zeitung
Schon am Dienstag online lesen!
www.hauke-verlag.de

Bestattungshaus F. Brunn
... denn Trauer braucht Vertrauen!
• Beratung über Erd-, Feuer-, Friedwald- und Seebestattung
• Übernahme der Bestattungsformalitäten
• Überführungen ins In- und Ausland
Tag und Nacht erreichbar: 03361/346 064
Ernst-Thälmann-Str. 45, 15517 Fürstenwalde
Öffnungszeiten: Mo-Fr 09-15 Uhr oder nach Absprache
Neue Spreeauer Str. 31, 15537 Grünheide | Öffnungszeiten nach Absprache

Bücher, die Geschichte schreiben...
Jedes Buch 19,90 Euro

Lange vergriffen, jetzt wieder da: Die Bestseller von Michael Hauke



„Wie schnell wir unsere Freiheit verloren“
Hardcover, 256 Seiten, ISBN 978-3-9824186-0-5



„Corona war erst der Anfang“
Hardcover, 280 Seiten, ISBN 978-3-9824186-1-2

Jedes Buch 19,90 Euro

Michael Hauke
Zurück zur Meinungsfreiheit!
240 Seiten | Hardcover | ISBN 978-3-9824186-2-9



Jan Knaupp
So gesehen – Zeitungskolumnen 2002-2025
258 Seiten | Hardcover | ISBN 978-3-9824186-3-6



Hier erhältlich:

Online-Bestellung
• www.hauke-verlag.de/buchbestellung
• www.kopp-verlag.de (Bitte geben Sie „Michael Hauke“ bzw. „Jan Knaupp“ als Suchbegriff ein)
Beeskow:
• Buchhandlung Zweigart, Berliner Straße 21
Erkner:
• Buchhandlung Wolff, Friedrichstraße 56
Fürstenwalde:
• Hauke-Verlag, Alte Langewahler Chaussee 44 (im Hauke-Verlag gern mit persönlicher Widmung)
• Musik & Buch Wolff, Eisenbahnstraße 140
Lindenberg:
• BFT-Tankstelle, Beeskower Straße (B 246)
Neuenhagen:
• Buchhaus Bünger, Ernst-Thälmann-Straße 36
Woltersdorf:
• Blumen Anders, August-Bebel-Straße 29
• Buchhandlung Hoffmann, Rudolf-Breitscheid-Straße 24

Tesla-Erweiterung

Um für eine Million Autos Kunden zu finden, wäre ein Kleinwagen-Modell zu erwarten. Die eigene Wasseraufbereitung ist Teslas konstruktive Antwort auf Kritik. Bei Ihnen in Brandenburg ist zumindest noch etwas Unternehmer-Zuversicht zu finden. Bei uns in Niedesachsen wird die Produktionskapazität von 250.000 Stück bei VW Emden dann nicht mehr gebraucht, außer als Import-Terminal für chinesische E-Automobile und koreanische Verbrenner.

Das dürfte bei Euch ein spannendes Tauziehen für und wider Werkserweiterung geben. **Harald Coners**

Ärzte in der Corona-Krise

Der Arzt soll der freundliche Helfer am Krankenbett sein. Jeder Arzt hat dabei das Problem, ob er aufgrund der mitunter vielfältig deutbaren Symptome ein bestimmtes Medikament oder andere therapeutische Maßnahmen verordnen soll, ob die erwünschte Wirkung erreicht werden kann oder ob aufgrund möglicher Nebenwirkungen bestimmte Anwendungen besser unterbleiben. Jeder Arzt hat eine entsprechende Ausbildung, muss sich aber aktuell auch auf spezielle Einrichtungen verlassen können, an die Ärzte und Apotheker Erfahrungen mit Medikamenten melden. In Deutschland sind dafür das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte, das Paul-Ehrlich-Institut und die Ständige Impfkommission beim Robert-Koch-Institut zuständig. Diese Einrichtungen sind keine ärztlichen Standesorganisationen, sondern Regierungsinstitute.

In der Corona-Krise haben diese Einrichtungen keine adäquaten Empfehlungen gegeben, sondern aufgrund politischer Vorgaben – in den RKI-Protokollen sind sie dokumentarisch nachweisbar – fehlerhafte, teilweise wider besseres Wissen. Die Zulassungen der Präparate für die Corona-Impfungen waren zuhöchst problematisch und das Paul-Ehrlich-Institut, das Nebenwirkungen von Medikamenten zu erfassen hat und tatsächlich erfasst hat, informierte die Ärzteschaft darüber nicht hinreichend. Die Ständige Impfkommission knickte auf Druck der Regierung ein und empfahl gegen ihre Erkenntnisse die Corona-Impfung auch für Kinder. Der von der Regierung berufene Ethikrat hat – was Wunder – der Regierung zum Munde geredet. Ärzte und Patienten konnten sich nicht auf die Sinnhaftigkeit der politisch verordneten Maßnahmen, auf die Angemessenheit und Sicherheit der Corona-Impfstoffe verlassen.

Regierungsabhängige Einrichtungen können niemals unabhängig von den Wünschen der jeweiligen Regierung Einschätzungen und Empfehlungen geben. Die Leiter dieser Einrichtungen in Deutschland werden vom Bundesgesundheitsminister berufen und können jederzeit von ihm abgesetzt werden mit der Begründung, er vertraue ihnen nicht mehr. Auch weitere leitende Mitarbeiter können nicht ohne Einverständnis des Ministers eingestellt werden. Die Mitglieder der Ständigen Impfkommission beim RKI werden ebenfalls vom Bundesgesundheitsminister berufen. Die 26 Mitglieder des deutschen Ethikrates werden hälftig von der Bundesregierung und vom Bundestag berufen. Alle diese Einrichtungen sind also nicht regierungsunabhängig. Die ärztlichen Berufsverbände dagegen haben, soweit öffentlich zu vernehmen war, während der Corona-Krise geschwiegen.

Es gibt zahlreiche ärztliche Berufsverbände und deren Dachorganisationen: Bundesärztekammer, Kassenärztliche Vereinigungen, Virchowbund, darüber hinaus spezielle fachärztliche Interessenvertretungen. Sind die nicht hinreichend, um mit politisch unbeeinflussten ärztlichem zuzüglich pharmazeutischem Fachwissen angemessene Urteile im Interesse der Allgemeinheit zu finden?

Natürlich bedarf es dazu spezieller Institute und Forschungseinrichtungen. Warum sind das keine Einrichtungen der ärztlichen Fachkorporationen und der Apothekerschaft? Warum werden deren Leiter nicht von diesen gewählt, sondern von Ministern berufen, die oft keine Fachleute sind? Gleichzeitig wäre es allerdings Aufgabe der Politik – wie generell im Marktverhältnis – auch hier Kartell- und Monopolbildungen zu verhindern. In der Corona-Krise hat die Politik genau das Gegenteil getan und einzelnen Einrichtungen und Experten ein Monopol verschafft, weil sie die Maßnahmen gerechtfertigt haben, die die Regierung anordnen wollte.

Es gibt den Gemeinsamen Bundesausschuss als Beschlussgremium der sogenannten Selbstverwaltung im Gesundheitswesen, in dem die Verbände der Krankenkassen und die Leistungserbringer, also die Kassenärztliche Bundesvereinigung und die Deutsche Krankenhausgesellschaft vertreten sind. Wäre der Bundesausschuss nicht viel besser geeignet als die Regierung, die Leiter von Fachinstituten zu berufen, die Medikamente zuzulassen, ihre Anwendung zu überwachen und ggf. vor Nebenwirkungen warnen?

Hat sich der Bundesausschuss je zur Corona-Krise geäußert? Warum tun die Ärzteverbände nichts gegen fachfremde Einmischung in medizinische Entscheidungen? Die Ärzte klagen – insbesondere Allgemeinmediziner –, dass sie zum großen Teil nur Vorschriften der Krankenkassen abarbeiten, die wiederum auf Entscheidungen der Regierungen zurückgehen. Sie fühlten sich wie Angestellte der Kassen. Die staatliche Krankenversicherung ist Planwirtschaft, keine Versicherung.

Die kassenärztlichen Vereinigungen teilen festgelegte Honorare nach Punktwerten zu. Erst am Ende des Quartals erfährt der Arzt den Auszahlbetrag pro Punkt und erhält, weil das Budget gedeckelt ist, für einen Teil seiner Leistungen kein Honorar.

Wieso lassen sich die Ärzte das gefallen? Was würde geschehen, wenn die Regierung mit Parlamentsmehrheit genauso festlegen würde, dass die Arbeitsstunde einen je nach Qualifikation unterschiedlichen Punktwert hat, die gesamten Lohn- und Gehaltsauszahlungen aber gedeckelt sind und die IHK am Ende des Monats oder Quartals den Arbeitern und Angestellten mitzuteilen haben, wieviel sie tatsächlich ausgezahlt erhalten und dass ein Teil ihrer Arbeit nicht bezahlt wird?

Es braucht keine große Phantasie, um sich vorzustellen, wie die Gewerkschaften darauf reagieren würden. Blieben die Unternehmerverbände dann auch Vollzugshelfer der Regierung – wenngleich etwas unwillig grummelnde?

Der Regierung muss der Zugriff auf das Gesundheitssystem entzogen werden!

Lothar W. Pawliczak

Regenbogenfahne vor die Rathäuser?

Gelegentlich können wir sie bereits sehen, vor Kultureinrichtungen, Sportvereinen, Schulen, auch öffentlichen Einrichtungen von Land, Kommune und Kreis, manchmal auch schon vor den Rathäusern. Für die Einen ist sie ein wichtiges Zeichen für die dort herrschende besondere Toleranz gegenüber allen Lebensformen; auch einer Ablehnung von Rassismus, Homophobie und Gewalt gegenüber diesen Gruppen.

Für andere ist sie ein Zeichen einer Gruppe, die aufgrund ihrer geschützten Andersartigkeit zunehmend und vehement politische und soziale Rechte und Privilegien einfordert. Viele Anhänger der Schwulen- und Lesben-Szene lehnen diese Privilegierung aber eigentlich ab; sie wollen einfach nur weiter normal ihr Leben leben.

In Schöneiche wurde nun unlängst durch eine Gruppe von Gemeindevertretern ein Antrag eingebracht, diese Fahne der Queeren Szene zu bestimmten Anlässen auch vor dem Rathaus aufzuziehen. Begründung: Es wäre ein gutes öffentliches Bekenntnis zu den besonderen Werten „Demokratie, Vielfalt und Toleranz“ (Zitatauszug aus dem Antrag).

Eine andere Gruppe von Schöneicher Bürgern brachten in den Einwohnerfragestunden ihre sachliche Kritik am Antrag vor: Reichen die Flaggen der Bundesrepublik, des Landes Brandenburg und der Gemeinde jetzt nicht mehr aus, um die durch das Grundgesetz und Folgegesetze geschützten Werte Demokratie, Vielfalt und Toleranz zu symbolisieren? Welche Folgen hätte eine „Extrabeflaggung“ mit einer Fahne einer speziellen Minderheit für andere Minder- oder auch Mehrheiten?

Diese und weitere Argumente stießen eine Diskussion in Schöneiche an, die man nur als erstaunlich polarisierend bezeichnen kann. Die Antragsteller, der sich die Fraktionen der SPD, der Linken und

Leserkarikatur von Siegfried Biener



Leserkarikatur von Martin Wienskowski



M. W. anlässlich Magazin Royale im Oktober 2026

der Grünen anschlossen, aktivierten ihre Fürsprecherinnen aus der Schöneicher Gesellschaft, um in der entscheidenden Gemeinderatssitzung Wort zu ergreifen. Es wurde eine lange, emotionale und spannende Sitzung.

Ein wichtiges Argument der Antragsbefürworter war immer: Das macht man in all unseren Nachbargemeinden, Erkner, Woltersdorf, wohl auch Rüdersdorf und Neuenhagen. Selbst vor Landes- und Bundebehörden ist die Regenbogenfahne zu sehen – an einer Stelle, die eigentlich „Flaggen“ vorbehalten sind; das hat was mit „Hoheitsrechten“ zu tun.

Bürgermeister Ingo Röll (CDU) zitierte aus einer entsprechenden Verordnung, in der zwischen Fahnen und Flaggen unterschieden wird.

Auch zwei Blitz-Umfragen unter Schöneicher Bürgern lieferte eine mehrheitliche Ablehnung der Fahne vor dem Rathaus und eine eindeutig mit sexuellen Themen verbundene Deutung der Fahne in der Bevölkerung.

Kurz: Es wurden sowohl rechtliche, als auch inhaltliche Gründe vorgebracht, die eigentlich gegen eine (moralisch vielleicht verständliche) Extrabeflaggung sprachen. Das Ergebnis einer namentlichen Abstimmung am Abend des 06.10.2026 in Schöneiche war eine 11:9-Ablehnung des Antrags.

Der Autor hält das für einen Erfolg der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit. So ein Erfolg ist derzeit nicht immer und in allen Fällen und Orten zu erwarten und selbstverständlich. Das hängt sicher auch mit den aktuellen Stimmverhältnissen in den Gemeinden, im Kreis- und Landtag zusammen. Wohl auch mit denen im Bund?

Wie steht es bei Ihnen in den Gemeinden? Sind sie über die Beratungen und Entscheidungen ihrer örtlichen Vertretungen informiert worden oder hat man Kraft der politischen Stimm-Verhältnisse in den gewählten Vertretungen entschieden? Das Volk wird häufig vor vollendete Verhältnisse gesetzt – habt ihr ja gewählt…. Sollte man nicht öfter dem Volk aufs Maul schauen MÜSSEN?

Mit optimistischen Grüßen
aus Schöneiche **Dr. Ralf Kalke**

Besuch in Neukölln

Zum Meinungs-Artikel „Besuch in Neukölln“ in Ausgabe 21/2026 vom 07.10.2026 von Michael Hauke

Hallo Herr Hauke.

Mit dem Artikel über Ihren Besuch in Neukölln haben Sie eine Nebelkerze gezündet. Zutreffend ist, dass in Neukölln viel Müll herumliegt, es dreckig ist und es viele Menschen mit migrantischen Hintergrund gibt. Und auch ich hatte beim Deutschland-Griechenland-Spiel den Gedanken: „Krass, nur zwei Spieler mit weißer Hautfarbe“. Ja, und? Haben wir in Deutschland keine anderen Probleme? Denken Sie, mit weniger Menschen mit Migrationshintergrund würde es Deutschland besser gehen? Und jetzt stünde mit der Wahl von Die Linke in Berlin sogar die Hauptstadt – wenn nicht gar ganz Deutschland – vor dem Fall. Finden Sie das nicht überzogen? Warum malen Sie so ein düsteres Bild und warum machen Sie für die Situation Deutschlands Menschen anderer Hautfarbe, den Islam oder Die Linke verantwortlich? Der allergrößte Teil der Gruppe, die Sie als „Ausländer“ bezeichnen würden, also Migranten und Deutsche mit Migrationshintergrund, sind entweder Nachkömmlinge von Gastarbeitern oder Kriegsflüchtlinge. Die einen haben Deutschland mit aufgebaut und währenddessen hier Familien gegründet.

Wollen Sie die wieder zurückschicken? Die anderen sind im Wesentlichen vor Kriegen, die der Westen angezettelt hat, mit oder ohne direkte deutsche Beteiligung geflüchtet. Darunter fallen die Golfkriege, der Afghanistan-„Einsatz“ sowie die Beteiligung an den Jugoslawien-Kriegen. Bei Libyen und Syrien haben wir unseren Nato-Partnern weiter fleißig Waffen geliefert und zugeschaut. Von unserer Mitschuld am Ukraine-Krieg ganz zu schweigen. Gegen all die Kriege haben wir nichts unternommen. Insgesamt ist der Beitrag der Deutschen zum Krieg in der Welt weitaus größer als der Beitrag zum Frieden. Wenn Sie Angst vor den Fremden haben, vor bärtigen Muslimen, verschleierten Frauen oder fremdsprachiger Werbung, ist das völlig menschlich. Der Mensch ist konservativ, und in Brandenburg haben Sie selten mit fremdstämmigen Mitbürgern zu tun. Sie sind das nicht gewohnt. Aber stellen Sie sich mal die Menschen in Afghanistan, im Irak oder in Syrien vor, die von US-amerikanischen Drohnen, die über die Air Base Ramstein gelenkt werden, bedroht und getötet werden. Was denken Sie, was die für eine Angst haben. Und was haben Sie eigentlich gegen die vom Westen geführten Kriege, die auch mit deutschen Waffen geführt werden, getan? Meines Wissens hat nur die Partei Die Linke konsequent gegen deutsche Kriegsbeteiligung und Waffenexporte im Bundestag gestimmt. Haben Sie Die Linke gewählt? Mit Sicherheit nicht. Aber dann lenken Sie Ihren berechtigten Frust doch nicht auf diejenigen, die vor deutschen Waffen fliehen. Ich muss Ihnen zudem auch widersprechen, wenn Sie meinen, in Damaskus oder Beirut hätte „der Islam das frühere Miteinander der Kulturen beendet“. Soweit ich mich erinnern kann, war Damaskus bis zu dem vom Westen orchestrierten Umsturz Assads jahrhundertelang Zentrum der Vielfalt und Kultur, in dem sämtliche Religionen nebeneinander existierten. Nicht der Islam hat zu dessen Ende beigetragen. Es war vielmehr die Einmischung des Westens, um seine geopolitischen und wirtschaftlichen Interessen durchzusetzen. Wie überall im Nahen Osten. Womit wir beim Kern der Problematik angelangt sind. Wenn wir mit neokolonialer Politik in der Welt unsere Wirtschaftsinteressen wahren, können wir vor den negativen Folgen nicht unsere Augen verschließen.

Mit Ihrer Argumentation lenken Sie von den eigentlichen Problemen in unserer Gesellschaft ab und machen eine schwache Minderheit verantwortlich. Von den Krisenprofiteuren sagen Sie hingegen nichts. Am bevorstehenden Untergang sei auch noch linke Politik schuld. CDU, SPD und Grüne machen aber keine linke Politik. Diese Parteien haben aber die Geschicke Deutschlands in den letzten Jahrzehnten gelenkt. Von welcher linken Politik reden Sie also? Und in Berlin denke eine „linkskanakische“ Strömung gar strategisch? An was denn? Die Einführung der Scharia unter einer linken Bürgermeisterin? Das ist doch vollkommen abwegig.

Und wie die unsägliche Hetzkampagne gegen Die Linke seit der Wahl andeutet, wird von deren Vergesellschaftungspolitik am Ende sowieso nicht viel übrigbleiben. Dazu hat das Kapital zu viel Macht und Einfluss. So sind etwaige Vorhaben vorerst auf 2028 verschoben. Warum wohl? Bis dann nach etlichen Instanzen endlich etwas Zählbares herauskommt, sind die Linken schon längst wieder abgewählt. Ehrlich wäre es gewesen, wenn Sie auch ein Wort zur CDU und SPD gesagt hätten, die für die ungerechte Vermögensverteilung, unsägliche Aufrüstungs- und Privatisierungspolitik und etliche Skandale mit Milliardenschäden verantwortlich sind. Und ja, Clan-Kriminalität ist natürlich – wie jede andere Form der organisierten Kriminalität – zu bekämpfen. Aber vergessen wir nicht die unzähligen rassistisch motivierten Morde und Gewalttaten rechtsradikaler Deutscher. Ebenso die etlichen Wirtschaftsverbrechen à la Cum-Ex, CDU-Spendenaffäre, Siemens-Schmiergeldaffäre u.v.m. (alles Deutsche ohne Migrationshintergrund). Nicht unterschlagen werden sollten die Fälle von zigtausendfachem Kindesmissbrauch in der Kirche, bei dem wohl ein muslimischer Hintergrund ausgeschlossen sein dürfte oder die Fälle häuslicher Gewalt an Kindern.

Ihr Artikel verschweigt, was die neoliberale Politik der letzten 30 Jahre angerichtet hat. Die Schere zwischen Arm und Reich ist unendlich weit geöffnet. Soweit, wie es in der Geschichte zuletzt kurz vor der Französischen Revolution zur Zeit des Absolutismus der Fall war. Die unsäglichen Privatisierungen u.a. von Abfall-, Wasser- und Energieversorgung, von Deutscher Bahn, staatlichem Immobilienbestand usw. haben dazu beigetragen, dass nur die Aktionäre die Rendite eingefahren haben. Und diese Rendite sind die Schulden, die wir heute für die Instandsetzung der Infrastruktur aufnehmen. Hätten wir zudem mehr Geld für weltweite Diplomatie und Völkerverständigung ausgegeben, hätten wir damit Fluchtursachen bekämpft.

Im Übrigen können wir uns selbst auch schon mal mit dem Fluchtgedanken auseinandersetzen. Denn wenn wir unsere Russlandpolitik nicht ganz schnell überdenken, wird ein Krieg mit Russland immer wahrscheinlicher. Verstecken, Kämpfen oder Fliehen sind dann die Alternativen. Da sind Deutsche und Migranten dann wieder alle gleich. Ihr Artikel trägt dazu bei, die Gesellschaft immer weiter zu spalten. Wird aber der gesellschaftliche Zusammenhalt zerstört, greifen die Strukturen der Macht erst richtig, und es gibt noch mehr Überwachung und noch mehr Kontrolle. Der Weg in den Totalitarismus ist dann geebnet. Unsere gemeinsamen Gegner sind daher weder Migranten noch Arbeitslose noch Juden oder linke Politik (die seit 1989 nicht mehr gemacht wurde). Unsere Gegner sind die neuen „Feudalherren“, die aufgrund ihrer unendlich großen Vermögen zu viel Macht besitzen und uns in immer neue Kriege führen. Hiergegen müssen wir uns wappnen. Gemeinsam.

Vittorio Deregibus

Grundgesetz Artikel 5 (1)

„Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.“

Jeder hat das Recht, einen Leserbrief zu schreiben: info@hauke-verlag.de

Ganz schön fahrig

Wie sich mein Leben ums Fahrrad dreht



Die Geschichte geht weiter. Gerade erst fuhr ich mit dem von Vati selbst zusammengebauten Fahrrad auf Erkundungstouren, doch bald begannen die „MIFA“-Touren und weiter ging es mit einem „Diamantrad“.

Alle Wege mit dem Fahrrad bei Wind und Wetter und egal mit welchem Gepäck. Man kann es nennen wie man‘s will, ohne Radfahren hatte ich Entzugserscheinungen. Viele Bekannte hatten Probleme, mich als Autofahrerin zu erkennen, wenn ich mal mit diesem Gefährt unterwegs war, dachten sie doch, ich hätte gar keinen Führerschein.

Nun in meiner sechsten Geschichte sind schon zwei eigene Kinder mit von der Partie und jeder weiß, Radfahren lernen klappt richtig gut, wenn ein Elternteil nebenherläuft, motiviert und sichert. So erinnere ich mich gern an mein eigenes Lauftraining mit „Personaltrainer“, das war meine kleine Tochter auf dem Fahrrad neben mir. Sie fand das richtig toll und erzählte schon im Kindergarten von ihren Abenteuertouren durch Wald und Flur. Oft spornte sie mich an und rief: „Mutti lauf schneller, du schaffst das!“ Da wundert es doch niemanden, dass sich unser Sohn zur Jugendweihe ein Rennrad wünschte und es auch bekam. Damit war er der Schnellste in der Familie - und – na klar –, das macht Eindruck bei den Mädels! Ein Rennrad für mich stand noch nicht zur Debatte!

Wirklich gut fühlte ich mich dann aber auf meinem neuen Mountainbike in rot. Der Weg zur Arbeit auf dem Canondale, mit Rucksack statt einem Gepäckträger, flog nur so dahin. Auch die Motivation für den Triathlonsport steigerte sich nochmals. Das Fahren auf Straßen, Waldwegen bei Sonnenschein und im Schnee, nahm eine neue Qualität an. Ob bei Touren zu Haus, in Südtirol, Tschechien oder von Passau nach Wien, mein Bike war immer dabei und ließ mich nie im Stich. Unterschiedliche Streckenprofile und Fahrbahnen waren auch der Grund, warum ich den Rennradwunsch nie aus den Augen verlor. Mehr als eine Schrecksekunde war der Fast-Diebstahl meines geliebten Rades. Doch dazu in einer späteren Ausgabe mehr! Bis dahin!

Ihre Fahri **(Margit Schinkel)**

Zahlen lügen nicht! Aber wer dann?

Vor einigen Tagen las ich in einem Zeitungsartikel, dass es leider viel zu wenig Zeitzeugen geben würde, die unseren Kindern lebendig und glaubwürdig Wissen über das Leben in der DDR-Diktatur vermitteln könnten. Neugierig geworden schaute ich mich um und siehe da, es gibt Zeitzeugenvermittlungen. Doch was für Leute werden da vermittelt?

Laut Statistik gab es nur wenige tausend Menschen in der DDR, die aktiv in der Opposition zur DDR-Politik und ihrer Regierung standen. Großzügig aufgerundet waren das 0,1% der Gesamtbevölkerung. Passiven Widerstand leisten, also z.B. einfach nicht Mitmachen in den Massenorganisationen wie der FDJ, der DSF, im FDGB. Dafür lieber aktiv in einer der Kirchen mitarbeiten und Jugendweihe-Stunden meiden. Zum passiven Widerstand zugehörig werden offiziell 15 bis 30% der Bevölkerung „vermutet“. In dieser Schätzung sind die vier Millionen Flüchtlinge und anderweitig Ausgereisten nicht erfasst, die während der 40 Jahre die DDR für immer verlassen haben.

Soweit, so gut. Als „Zeitzeuge“ für das normale Leben in der DDR lese und höre ich oft, dass die Jugend und die Schulkinder nichts über das Leben in der DDR gelehrt bekommen. Es wird betont, wie wertvoll die Erzählungen von Zeitzeugen für den Unterricht wären. Ich lese auch, dass die Kinder und Jugendlichen sehr nachdenklich und manche entsetzt über die Erlebnisberichte der „Oralzeugen“ sind. Nanu, dachte ich, wieso sind die Schulkinder so entsetzt über das normale, friedliche und oft etwas langweilige Leben der Bürger in der ehemaligen DDR? Wer sind die Zeitzeugen, die so ein schreckliches Leben hatten und damit heute die Kinder verschrecken?

Laut der Eigendarstellungen der sechs im Internet aufgeführten Zeitzeugen Agenturen (allen voran die „Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur“) ist nur eine einzige der Zeitzeugen-Vermittlungen auch an alltäglichen, normalen Lebensberichten interessiert. Alle anderen bieten Zeitzeugen an zu den Themen Flucht, Verfolgung, Zwangsumsiedlung, Mauertote und ähnlichen Themen. In den Listen mit den zu vermittelnden Zeitzeugen, konnte ich keinen einzigen „normalen“ Bürger der DDR entdecken. D.h., 0,1% der ehemaligen DDR-Bevölkerung bestimmen als Zeitzeugen das offizielle Geschichtsbild vom Leben in der DDR und vermitteln ihre spezielle Sicht den künftigen Generationen!

Auch in meiner Familie gab es in den fünfziger Jahren Opfer von Verfolgung. Eine Schwester meiner Mutter saß fünf Jahre wegen angeblicher „Boykotthetze“ in den verschiedensten Gefängnissen der DDR. Ihr blieb nach der Haft wegen Aufenthaltsbeschränkung und Berufsverbot nichts anderes übrig, als die DDR zu verlassen. Und trotzdem waren solche schlimmen Schicksale nicht das Bestimmende in diesen Anfangsjahren für das Leben der Menschen im Osten. Was folgt aus dieser Feststellung?

Für mich gilt nach wie vor der Satz, dass wer die Vergangenheit nicht versteht, der kann die Gegenwart nicht gestalten! Dazu gehört unweigerlich die gerechte und möglichst objektive Vermittlung der Lebensgeschichte der ehemaligen DDR-Bürger. Zur Verteidigung der Demokratie gehört nicht nur, rechts- und linksextreme politische Bewegungen zu beobachten und die Verteidigungsfähigkeit zu steigern. Dazu gehört, dass man die Sorgen, Nöte und Ängste der Bevölkerung wahrnimmt und ernstnimmt. Dazu gehören echte Reformen, wie es z.B. die Stein-Hardenberg‘schen Reformen von 1807 bis 1815 in Preußen waren. Diese Reformen haben das Leben der einfachen Menschen in Preußen nachhaltig verbessert. Die Reformen brachten die Abschaffung der Leibeigenschaft, weitere Reformen modernisierten nahezu alle Gebiete des öffentlichen Lebens und nicht zuletzt wurde die rechtliche Gleichstellung der Juden in Deutschland hergestellt.

Was verkauft man uns dagegen als „Reformen“? Kürzungsorgien, die vorwiegend die kleinen Leute belasten werden. Schön wäre es, wenn die Berliner Abgeordneten, die am Denkmal des Freiherrn vom und zum Stein vorbei zur Sitzung eilen, sich von den Gedanken des Reformers anregen lassen. Das diesjährige Jubiläum des Oktoberedikts von 1807 könnte man nicht ehrenvoller begehen.

Ich glaube, es wird Zeit für politische Veränderungen in den sogenannten Neuen Bundesländern. Die ökonomischen Verhältnisse wurden unumkehrbar durch den Grundsatz „Rückgabe vor Entschädigung“ und die „Arbeit“ der Treuhand geprägt, mit all seinen bekannten verheerenden Folgen für die ehemaligen und beigetretenen Bürger der DDR. Dasselbe trifft auf viele weitere gesellschaftliche Strukturen zu, die fremdbestimmt an den Wünschen der Bürger vorbei organisiert werden. Wenn wir schon nicht viel haben, dann sollten wir das Wenige selber verwalten dürfen. Aber gegen die westlichen Seilschaften kommt man nicht an, solange diese alle Bereiche des Lebens majorisieren. Deshalb meine These: Es wird Zeit für eine politische Dekolonisierung der ostdeutschen Bundesländer!

Dr. Peter Folmert

Der demokratische Niedergang

Wer sich mit der Definition Demokratie fachlich befasst, der erkennt schnell den Unterschied zwischen der Definition und der erlebten Realität in Deutschland. Ähnlich wie in Russland oder Nordkorea, will man die Opposition auch hier verbieten. Bisher gepflegte Spielregeln der parlamentarischen Arbeit, wie die Vergabe der Ausschutzvorsitzenden, werden zum Eigennutz der Posteninhaber ausgesetzt, und auch das ist undemokratisch! Das undemokratische agieren erlebt man in allen gesellschaftlichen Bereichen und stets ausgehend von den zunehmend abgewählten Altparteien. So sind die selbsternannten Demokraten darüber empört, dass ein freier und unabhängiger Verlag aus Fürstenwalde (Spree), Zeitungen herausbringt, die gut recherchierte und gerichtssichere kritische Berichte und Beiträge den Bürgern zugänglich machen.

Woher kommt aber diese Angst vor der Wahrheit bis hinein in die kleinsten Amtsstuben? 1989 sollte eigentlich diese Staatspropaganda abgeschafft werden, doch nun sind Presse, Rundfunk und Fernsehen erneut davon behaftet. Da stellt sich jedem Analysten sofort die Frage, wer kontrolliert und bestimmt eigentlich die Medien und wann sind diese Kräfte von den demokratischen Prinzipien der freien Medien, Offenheit und Transparenz abgerückt? Warum hat das keiner der demokratischen Schutzmechanismen bemerkt bzw. verhindert? Wie konnte ein mit Steuern bezahltes öffentliche Institut gesundheitsrelevante Fakten ungestraft schwärzen? Was hat das mit Demokratie zu tun? Die Antwort ist eigentlich ganz einfach. Die ehemaligen Volksparteien wie SPD, CDU/CSU, FDP und nun auch die Grünen, haben sich für Posten und Geld der Kriegspolitik der USA angeschlossen, sich als Rüstungslobbyisten entpuppt und dafür gleichzeitig die Renten der Bürger fast halbiert und durch eine unkontrollierte Migration den gesellschaftlichen Frieden und die soziale Sicherheit auf lange Sicht zerstört. Deutschland hatte mal Politiker wie Kohl, Schröder, Strauß, Brandt oder Schmidt. Heute erkennt man den Niedergang schon an den Politikern selbst. Der eine ist arrogant und lügt ganz offen, der andere hat keinen Berufsabschluss ist aber Minister und andere wissen nicht, was eine Insolvenz bedeutet, oder reden



vom Umweltschutz und importieren nun amerikanisches Fracking-Gas. Der international angerichtete Schaden für Deutschland durch eine kompetenzlose grüne Außenministerin wird von ihrem Nachfolger nur noch vergrößert!

Aber es kommt noch schlimmer. In Baden-Württemberg wählt man einen Grünen zum Ministerpräsidenten, der als ehemaliger Bundeslandwirtschaftsminister den einheimischen Landwirten bekanntlich großen Schaden verursachte. In Berlin wählt man die Linke mit sozialistischen Enteignungs-Phantasien und engen Kontakten zu Clan-Kriminellen. Haben die Demokraten mit diesen Tatsachen tatsächlich kein Problem und was haben diese Zustände eigentlich noch mit einer erlebbaren Demokratie zu tun? Fragt sich denn keiner der sogenannten Demokraten, wodurch die zunehmenden Wahlerfolge der AfD verursacht werden? Einige Fakten habe ich aufgezeigt, doch es besteht die berechtigte Sorge, dass den kleinen Parteisoldaten und Mitläufern ein Nachdenken über Ursache und Wirkung nicht gestattet wird. Doch genau das ist undemokratisch! „Der Krug geht so lange zum Brunnen, bis er bricht!“

Macht, was Ihr wollt, aber ich gehe nicht an die Ostfront! **Andreas Heising**

Die Täter müssen das Land verlassen!

Zu: „Migrantenbande verprügelt deutschen Schüler“, Ausgabe 22/26 vom 21.10.2026

Hallo lieber Hauke,

ich fühle mich einfach verpflichtet, Ihnen zu dem Artikel über die Gewalttat in Frankfurt (Oder) beizupflichten.

Was da passiert ist, ist so furchtbar, dass man es nicht anschauen mag. Ich finde keine Worte dafür. Einfach eine ganz abscheuliche Tat. Warum half keiner?

Ich wünsche dem Opfer alles erdenklich Gute und der Familie nur das Beste.

Die Täter mögen ihre gerechte Strafe bekommen, samt der Eltern. Wie wurden diese Leute erzogen?

Ich hoffe, dass solche Menschen, egal wie alt die sind, das Land verlassen müssen. Davon haben wir schon genug in Deutschland. Hier ist Handlungsbedarf erwünscht.

Nochmals vielen Dank, Herr Hauke.

Heidemarie Gräser

Nur noch Pfuscher

Staatsversagen im Kleinen wie im Großen greift immer mehr um sich. Die machen alle ihren Job nicht mehr und werden dennoch fett bezahlt. Auf Bundesebene ist das gerade am Tabaksteuergesetz zu erleben. Am 20. Oktober verkündet, gilt es ab dem 21. Oktober. Eigentlich sollte es erst ab dem 1. Januar 2027 gelten. Jetzt aber gilt es und das Bundesfinanzministerium möchte jetzt gerne zurückrudern. Die Tabaklobby hat das Problem nicht gesehen. Leute, wenn die eigenen Fachverbände das Problem nicht sehen, dann braucht ihr keine mehr. Wozu seid ihr eigentlich im Vorfeld angehört worden? Lest ihr die Gesetze nicht mehr zu Ende? Am Ende stand auch im Entwurf: „Dieses Gesetz gilt ab dem Tag nach der Veröffentlichung“. Lest ihr Gesetze nicht mehr zu Ende, selbst wenn sie eure Existenz gefährden? Seid ihr schon so resigniert, dass ihr aufgegeben habt? Seid ihr nicht mehr Feuer und Flamme für Eure eigene Branche und für den Staat? Wollt ihr alle nur noch in Polen produzieren?

Der Staat gefährdet immer mehr Existenzen und alle machen überbezahlt dabei mit. Völlige Ignoranz des gesamten überbezahlten Betriebs gegenüber der Wahrheit, der Wirklichkeit und den Nöten fast aller Branchen. War auch schon bei der Verpackungsverordnung der EU zu sehen.

Bei der Tabaksteuer haben gepennt:

1) Die gesamte Bundesregierung angefangen mit Merz, Amthor und Klingbeil.

2) Alle Mitarbeiter der Bundesregierung.

3) Alle Mitarbeiter aller Ministerien.

4) Alle Politiker aller Parteien in den Fachausschüssen.

5) Alle 630 Abgeordnete im Bundestag, die das Gesetz in drei Lesungen verabschiedet haben. Darunter CDU/CSU: 208 Sitze AfD: 150 Sitze SPD: 120 Sitze Bündnis 90/Die Grünen: 85 Sitze Die Linke: 64 Sitze Fraktionslos: 3 Sitze. Nur noch überbezahlte Schlafmützen.



6) 16 Landesfinanzminister inklusive deren sämtlicher Mitarbeiter.

7) Der Bundesrat und dessen Mitarbeiter.

8) Steinmeier und sämtliche Mitarbeiter des Bundespräsidialamtes, das gerade für eine irre Milliarde umgebaut wird. Trotz erwiesener Nutzlosigkeit.

Das Kanzleramt, in dem gepennt wurde soll für etwa 777 weitere Millionen erweitert werden, um Platz für Heckenpenner zu schaffen, die sich dort als Parteifreunde ausschlafen sollen. DAS ist die Dimension des Staatsversagens. Versager geben Milliarden aus, kassieren Milliarden ein, und kriegen flächendeckend nicht mehr die einfachsten Dinge hin. Trotzdem aber wird die Parteipropaganda der Traumtänzer und Pfuscher weiter mit 690 Millionen jährlich für deren Stiftungen durchfinanziert und die Propagandasender ARD, ZDF und DLF werden weiterhin mit 10 Milliarden durchfinanziert. Üblicherweise werden bei vielen Gesetzgebungsverfahren auch die Berufskammern der Wirtschaftsprüfer, Steuerberater, Notare und Rechtsanwälte angehört/beteiligt. Und? Nix gemerkt. Was sollten deren allparteiliche Kumpels im BMF schon falschmachen? Nur noch betriebsblinde Versager, soweit das Auge reicht. Auch in den Verbänden.

In Berlin hat sich jetzt gerade die teilweise islamistisch geprägte Linkspartei als stärkste Partei durchgesetzt. Die Dummheiten des Staatssozialismus greifen wieder um sich. „Wohnungskonzerne enteignen“ steht ganz oben an. Der Remmo-Clan soll mitregieren. Alle arabischen Freunde unseres Landes, wie z.B. Anis Amri, sollen in Berlin Wahlrecht erhalten, wenn sie sich 5 Jahre dort aufhalten.

Durch Enteignung entsteht keine einzige neue Sozialwohnung. Keine einzige. Die einzige Option für neue Sozialwohnungen ist staatlicher sozialer Wohnungsbau. Und, wieviele neue Sozialwohnungen haben die Landesregierungen seit 1990, in denen teils die Linkspartei mit regiert hat, gebaut? Gefühlt keine, Gegenbeweis ist zulässig. Das seit 1990 der Senat mehrere Zehntausend Wohnungen verscherbelt hat, ist bestens bekannt, Neubauten nicht. Der staatlich geförderte soziale Wohnungsbau in Berlin hat seit 1990 eine tiefgreifende Krise und einen massiven Wandel durchlaufen. Trotz milliardenschwerer Neubauprogramme der landeseigenen Wohnungsunternehmen (LWU) sank der Gesamtbestand an Sozialwohnungen in diesem Zeitraum drastisch: von fast 350.000 Wohnungen im Jahr 1990 auf aktuell nur noch knapp 85.000 bis 100.000 Einheiten.

Schwachsinnsgesetze kosten endgültig das Vertrauen in die politische Kaste. Wenn der Gesetzgeber nur noch herumpfuscht, dann sind seine Gesetze nichts mehr wert. Es sind nur noch Gesetze von Pfuschern für Pfuscher. Da ist keine Verlässlichkeit und kein Vertrauen mehr. Das Systemversagen macht Vertrauen zur Dummheit. Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser. Wenn aber wie hier offenkundig wird, dass Staat, Verbände und Parteien insgesamt versagen, dann ist eine Kontrolle nur noch von außerhalb des politischen Systems möglich. Und sie ist auch nötig.

Das übergreifende systemische Versagen ist erschreckend. Im Kleinen kannst Du diesem Pfusch ja noch durch eine Fahrt auf den Polenmarkt entgehen. 800 Zigaretten zu polnischen Preisen, billigeres Benzin, Cola ohne Zuckersteuer hoffentlich auch. Für Berliner Raucher lohnt sich die Fahrt inzwischen auch. Da ist es dann mal von Vorteil, im Osten von Mitteldeutschland zu wohnen. Der Pfusch läuft aber bundesweit. Die armen Westdeutschen.

Axel Fachtan

Migrantische Jugendgewalt – wie geht es weiter?

Zu: „Migrantenbande verprügelt deutschen Schüler“, Ausgabe 22/26 vom 21.10.2026

Nun wird wieder alles kleingeredet oder in die mediale Schublade verbannt. War da was in Potsdam und Frankfurt – vorher Cottbus, Beicha (Sachsen) und...? Natürlich nur „Einzelfälle“. Wie meist, wenn es Täter aus dem migrantischen oder linksextremistischen Milieu betrifft. Klar, die Staats-Journalisten sind nicht Opfer. Obwohl – wenn man Auftritte von NGOs, der RBB lädt ja gern diese links-woken Propagandisten (Beispiel Opferperspektive e. V.) ein, erlebt, dann zählt schon ein „scheeler Blick“ als Angriff auf eine queere Person. So werden übrigens Statistiken zurechtgebogen. Im Gegensatz zu kriminellen Profis zeigen sich diese migrantischen Jungkriminellen gern bei ihren „Auftritten“. Was einerseits der Polizei hilft, andererseits selbst den Staatsfunk unter Druck setzt, darüber berichten zu müssen (!). Insofern sollten Verurteilungen schnell erfolgen. Aber nur sollten!

Ein Beispiel, welches leider schon lange in Vergessenheit geraten ist (Berliner Zeitung vom 03.09.2018): „Der Oberbürgermeister von Frankfurt (Oder) will durchsetzen, dass Asylbewerber, die wiederholt kriminell geworden sind, schnellstmöglich aus seiner Stadt abgeschoben werden. Einige von ihnen hatten kürzlich den Party-Club „Frosch“ überfallen. „Es ist rechtlich klar geregelt, dass solche Abschiebungen möglich sind“, sagte René Wilke (Die Linke) der Berliner Zeitung. In der Oderstadt habe es so etwas noch nicht gegeben, aber im benachbarten Kreis Märkisch-Oderland. „Es gibt klare rechtlich Hürden, und es ist nicht leicht, aber es ist möglich. [...] Die Stadt bezieht sich mit ihrem Vorstoß auf Paragraph 53 des Aufenthaltsgesetzes. Darin heißt es, dass im Rahmen der Gefahrenabwehr eine Ausweisung verfügt werden könne – wenn durch die Asylbewerber die öffentliche Ordnung und Sicherheit gefährdet sei.“ https://www.berliner-zeitung.de/article/club-ueberfall-in-frankfurt-oder-linker-oberbuergermeister-rene-wilke-will-kriminelle-asylbewerber-abschieben-11353

Was ist aus diesen markanten Sprüchen geworden? Nunmehr Landesminister, drohte Wilke den Verdächtigen der eingangs genannten Taten mit aufenthaltsrechtlichen Konsequenzen: „Wer für Unsicherheit in unserem Land sorgt, kann sich nicht auf die Unsicherheit in seinem Herkunftsland berufen.“ Wahrscheinlich kommt immer das gleiche Pamphlet. Als ausgesprochen frech empfinde ich das Verhalten des „Bildungsministers“ Hoffmann (der ewige Parteisoldat der CDU), der mehr Zivilcourage forderte. Er kritisierte, dass umstehende Schüler die Tat gefilmt hätten, statt einzugreifen: „Schutz vor Gewalt fängt nicht erst in der Schule an, jeder von uns ist gefordert.“ Sagt der Mann, der keinerlei pädagogische Initiativen vorweisen kann und nur mit Personenschutz unterwegs ist. Sein CDU-Kollege Redmann rief Zeugen, die sich von Tatverdächtigen unter Druck gesetzt fühlen, dazu auf, Drohungen oder entsprechende Beobachtungen konsequent zur Anzeige zu bringen: „Es gibt eine ganze Reihe von Menschen, die was gesehen haben, sich aber nicht trauen, weil sie Angst haben. Bringen Sie das, was Sie wissen, zur Anzeige.“ Und danach? Danach werden die Täter von unserer „Kuscheljustiz“ zur x-ten Bewährungsstrafe verurteilt. Die sie „schwer beeindruckt“. (Ich war 10 Jahre Jugendschöffe in Berlin). Solange unsere Justiz in ihrem Ermessensspielraum immer am unteren Level bleibt, wird sich nichts ändern. Stattdessen werden diese kriminellen Taten zur Aufstockung der Staatsbürokratie genutzt – Potsdam will eine zusätzliche „Nahtstelle“ einrichten; in Frankfurt fand am 27. Oktober 2026 eine Sicherheitskonferenz statt, die vermutlich mit der Einrichtung einer „Expertenstelle“ enden wird. Meine Prognose: Es wird sich NICHTS ändern!

Drei Gründe: 1. Die Politiker haben sich gegen einen „Hauptfeind“ (AfD) zusammengeschlossen; lieber ein „Weiter so“ als die eigene bisherige Politik zu kritisieren oder gar zu ändern. Nach wie vor haben die NGOs in Deutschland die Meinungsmacht. Nichts gegen Sportvereine, aber die vielen Tausend mit Steuermillionen „gepamperten“ politischen Vereine, Verbände, Stiftungen (allesamt pro Regierungspolitik) verhindern öffent-

liche Aufklärung und Debatte. Sie müssen ausgetrocknet werden; sie spalten ohnehin nur die Gesellschaft.

2. Die Justiz – laut einem führenden Grünen-Politiker grün unterwandert – muss reformiert werden. Was die Jugendrichterin Kirsten Heisig forderte („Das Ende der Geduld“ 2010), muss endlich umgesetzt werden. Dass es nicht so ist, (ein!) Beispiel: „Der 15-Jährige (Intensivtäter – K.D.) wurde der zuständigen Ermittlungsrichterin vorgeführt, die den Unterbringungsbefehl in einen Haftbefehl umwandelte. Dann setzte sie ihn außer Vollzug und ließ den Schläger unter der Auflage frei, dass er sich regelmäßig bei der Polizei melde. [...] Die Mitglieder der Jugendgang sollen dort verkehren. Doch die Sozialarbeiter dort hätten Auskünfte verweigert, sagt der Vater. ‚Das fand ich sehr traurig.‘“ (Berliner Zeitung vom 25.10.2026)

3. Die Bevölkerung muss erwachen – heißt, die ideologische Vernebelung durch „Tagesschau“ und Co. endlich mit eigenem Denken überwinden. Und dann zur Tat finden. Ich schließe mit Gedanken des bedeutenden Ökonomen Schumpeter (lesenswert „Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie“) aus dem Jahre 1946: „Wir schmieden dauernd zu viel Pläne und denken dauernd zu wenig nach. Wir nehmen jeden Appell zum Denken übel und hassen jedes ungewohnte Argument, das nicht in Übereinstimmung steht mit dem, was wir schon glauben oder gern glauben möchten. Wir tappen in unsere Zukunft […] – mit verbundenen Augen.“ **Dr. Klaus Dittrich**

Nie wieder Wärmepumpe

Sehr geehrter Herr Hauke,

ich bin so dankbar, dass Sie in Ihren Zeitungen so viele Leserbriefe veröffentlichen. Ich beziehe Ihre Zeitung im Abonnement. Im folgenden habe ich meine Erfahrungen mit dem Einbau einer Wärmepumpe beschrieben:

Nachdem ich mich entschieden hatte, die Wärmepumpe einbauen zu lassen, schien alles problemlos zu funktionieren, was im Nachhinein ein Trugschluss war. Denn die Männer hatten auch die Gastherme ausgebaut, ohne zu fragen, ob dies von mir genehmigt ist. Anmerkung von mir: Haben Sie eine Unterschrift von mir als Genehmigung zwecks Ausbaus?

Und damit fingen die Probleme an. Ich bekomme ständig Rechnungen von der WCG Wärmecontracting, die ich bezahlen soll. Ich bin ständig damit beschäftigt, weil ich auch einmal Ruhe im Haus haben will. Aber das ist nicht möglich, wenn ständig Rechnungen eintreffen.

Der weitere Punkt ist der mit der KfW-Bank, wo ich die Fördermittel auch beantragt hatte. Das muss ja alles per PDF passieren. Ich musste einen Computertechniker dafür beauftragen.

Der erste Antrag bei der KfW-Bank wurde abgelehnt, weil das Grundbuch nicht vollständig war. Ich musste die Auszüge wegen des Grundbuchs bei den jeweiligen Stellen beantragen, wie Liegenschaftsamt, Katasteramt und Baulastenverzeichnis. Das hat mich alles Geld gekostet, und ich telefonierte noch mit der KfW-Bank voller Ärger, was ich auf das leere Blatt eintragen soll, wo es um Hausschulden geht, die ich nicht habe. Dann wäre ja das Grundbuch wieder unvollständig. Diese Antworten mussten in das Grundbuch eingebaut werden, womit ich selbst überfordert war. Der Computertechniker machte das für mich, und danach habe ich das Geld der Förderbank erhalten.

Jetzt habe ich angemeldet, dass der Heizkörper im Flur eiskalt ist und nicht wärmt. Fazit von mir: Niemals mehr. Die Firma hat mich im Stich gelassen, auch bei dem Antrag wegen der Fördermittel. Das durfte ich dann alleine klären. Es war ein Kontaktabbruch von Enpal da. Das ist kein Fall für den Rechtsanwalt, aber das Karma wird sie treffen. Ich bin 72 Jahre alt und will endlich Ruhe hier haben.

Ilona Schwarz-Freyermuth

Zeitzünder

Sehr geehrter Herr Hauke, sehr geehrter Herr Knaupp, sehr geehrte Mitarbeiter,

hätten Sie gedacht, dass wir nach 1990 so extrem vom Regen in die Jauche kommen? Gerade deswegen besonders alles Gute für Sie!

Am Stammtisch, auf dem Sofa oder hinterm Gartenzaun „muckt“ der deutsche Michel politkritisch auch mal auf und demonstriert Stärke – aber nur mit markigen Worten. Zu mehr reicht’s in der Regel nicht, denn die alte „Weisheit“ gilt: Hannemann, geh du voran!

Nach diesem Sturm im Wasserglas folgt meist noch, Einvernehmen erheischend, die selbstbefriedigende Absolution, dass man ja sowieso nichts machen kann. Interessanterweise am lautesten von diesen Schaumschlägern, die bisher gar nichts gemacht haben!

Diese wohl ausgeprägte deutsche Mentalität gibt Anlass, der Frage nachzugehen, warum das so ist. Vorweg ist festzustellen, dass nach der sogenannten Wiedervereinigung dieses Regime alles systembedingt Niederträchtige vorsätzlich umsetzte, um ein solidarisches Gemeinschaftswesen – nach Möglichkeit bis in die kleinste gesellschaftliche Zelle, die Familie – zu zerschlagen und künftig zu sabotieren oder zu verhindern. Das ist Fakt, aber nicht Entschuldigung und Ursache. Der brave Deutsche regt sich bekanntlich erst auf, wenn es ihm persönlich an den Kragen geht.

Um frühes Aufbegehren zu deckeln und unter Kontrolle zu haben, knebeln vorsorglich staatlich organisierte Hilfsangebote die ersten Abgehängten, z.B. mit sozialen Bittstellen in Form von Nahrungs- und Kleidungsalmosen, Insolvenzhilfen und Kreditbewilligungen. Dieser dann relativ ruhiggestellte Bevölkerungsanteil, der somit unmittelbar Regimeabhängigen, ist beachtlich, aber nicht überproportional.

Die größte, fast selbsttragende politische Passivität ist dadurch begründet, dass wir in einer Erbengesellschaft leben. Die (noch!!) vorhandene Erbmasse der Geldmittel und/oder Grundbesitz lässt die katastrophalen Folgen der derzeitigen Rundumzerstörung dieser Scheindemokratie zeitverzögert wirken. Gemüts- und regimenahe Mitläufer äußern oft, dass wir (die aktuell brisante Kriegsgefahr spielt keine Rolle!) immer noch relativ gut leben. Wenn das so ist, hat das aber sehr wenig mit der gegenwärtigen Politik zu tun. Private als auch gesellschaftlich erträgliche Existenz basieren fast ausschließlich auf den restlichen Fundamenten der Vergangenheit.

Diese derzeitige, ferngesteuerte Marionettenclique baut nicht nur Stück für Stück unsere bürgerlichen Rechte ab, sondern auch das aktuell errungene private Kapital und unser ererbtes Vermögen. Müssten wir ausschließlich von den wirtschaftspolitischen „Früchten“ des gegenwärtigen Systems leben, würden wir ein schnelles Ende mit Schrecken erleben – so steht uns ein Schrecken ohne Ende bevor! Derzeitig zehrt das steuer- und entmündigungsgeschundene Volk von der privaten und gesellschaftlichen Erbmasse der Vorfahren. Und so lange tickt der Zeitzünder! Ob der deutsche Michel weiterhin nur wartet – wie das gelähmte Kaninchen die Schlange anstarrt –, ... bis die Bombe platzt? **Manfred Nickel**

Rechenzentren sind das nächste Problem

Immer öfter taucht in den Medien der Begriff „Rechenzentrum“ auf. Dazu mein bescheidener Kommentar: wem nützt es?

Ich brauche kein Rechenzentrum, ich brauche keine elektronische Patientenakte, ich brauche keine Registratur und keine europäische oder weltweite ID-Nummer, ich brauche keine vom Staat kontrollierte digitale Währung! Ich brauche keine Kontrolle meiner privaten Aktivitäten durch den Staat und durch Rechenzentren!

Erst hat uns diese Regierung suggeriert, dass wir Windräder zum Stromerzeugen brauchen, jetzt suggerieren Sie uns, wir brauchen Rechenzentren, die Windräder sollen dann die Energie für die Rechenzentren bereitstellen. Negativ an den Rechenzentren ist, dass sie in der Nähe der Stromerzeugung stehen sollen also auch in Brandenburg. Noch negativer ist an den Rechenzentren, dass sie eine Unmenge von Wasser für die Kühlung brauchen, und das in einem Landstrich wie Brandenburg, der sowieso schon von einem mangelhaften Grundwasserbestand gebeutelt ist.

Und natürlich ist das nur eine ganz schlimme Vermutung: die Rechenzentren sind ideal geeignet für die digitale Überwachung aller Dinge, die im Internet ablaufen, also moderne Spitzel. Das möchte ich nicht! **Wolfgang Prasser**

Fachkräftemangel? Gebt der Jugend endlich eine Chance!

Deutschland sucht Fachkräfte, Brandenburg sucht Nachwuchs. Unternehmen beklagen fehlende Bewerber, während Jugendliche trotz Schulabschluss, Motivation und zahlreicher Bewerbungen keinen Einstieg finden. Ende August 2026 standen laut Bundesagentur für Arbeit in Brandenburg 3.972 gemeldeten Bewerberinnen und Bewerbern ohne Ausbildungsplatz 3.497 offene betriebliche Ausbildungsstellen gegenüber. Dass Berufswünsche, Anforderungen und Standorte nicht immer zusammenpassen, ist klar. Doch wer über Fachkräftemangel klagt, muss sich fragen lassen, warum so viele junge Menschen trotzdem ohne Perspektive bleiben.

Mit 16 fertig mit der Schule – und zu jung für den Beruf?

Viele Jugendliche verlassen nach der zehnten Klasse mit 16 Jahren die Schule. Ein völlig normaler Bildungsweg. Doch bei Bewerbungen für Ausbildung, Praktikum oder erster Beschäftigung wird ausgerechnet dieses Alter mitunter zum Hindernis. Zu jung, zu unerfahren, wegen des Jugendarbeitsschutzes schwer einsetzbar: So wird aus dem regulären Schulabschluss plötzlich eine Sackgasse. Jugendarbeitsschutz ist notwendig. Aber er darf nicht als pauschale Ausrede dienen, Jugendlichen keine Chance zu geben. Sollen sie bis zur Volljährigkeit warten? Und wovon sollen sie bis dahin beruflich lernen?

Ein Zeugnis ist kein Urteil über einen Menschen.

Wer keine glänzenden Noten mitbringt oder „nur“ die Erweiterte Berufsbildungsreife erreicht hat, hat es häufig besonders schwer. Dabei ist eine Ausbildung doch gerade dazu da, Fähigkeiten zu entwickeln. Nicht jeder 16-Jährige ist schulisch stark; manche zeigen erst im Betrieb, was in ihnen steckt. Wer ausschließlich Zeugnisse sortiert, übersieht womöglich den Nachwuchs, den er morgen dringend braucht.

Probearbeiten – und dann Funkstille...

Jugendliche sollen pünktlich, zuverlässig und respektvoll sein. Doch manche Betriebe laden sie zum Gespräch oder Probearbeiten ein und melden sich anschließend überhaupt nicht mehr. Keine Zusage, keine Absage, nicht einmal eine kurze Nachricht. Wer Verbindlichkeit verlangt, muss sie selbst vorleben. Eine Absage enttäuscht; Schweigen entmutigt.

Schulpflicht ohne erreichbaren Schulplatz?

In Brandenburg besteht für viele Jugendliche nach der Vollzeitschulpflicht weiterhin Berufsschulpflicht. Was aber, wenn ein Oberstufenzentrum ausgelastet ist, Anfragen unbeantwortet bleiben oder niemand eine verbindliche Alternative nennt? Eine gesetzliche Pflicht muss auch erfüllbar sein. Familien dürfen nicht zwischen Schulen und Behörden hängen bleiben, während die Zeit verstreicht.

Alternativen dürfen keine leeren Versprechen sein!

Praktikum, Einstiegsqualifizierung, Freiwilliges Soziales Jahr: Diese Wege werden gern empfohlen. Sie nützen jedoch wenig, wenn passende Plätze fehlen, Betriebe nicht reagieren oder Zuständigkeiten unklar bleiben. Förderprogramme auf Webseiten ersetzen keine tatsächlich erreichbaren Angebote. Arbeitsagentur, Kammern, Schulen und Unternehmen müssen gemeinsam dafür sorgen, dass Jugendliche nicht durchs Raster fallen.

Wer Nachwuchs will, muss Nachwuchs zulassen!

Nicht jeder Lebenslauf ist geradlinig. Nicht jeder Jugendliche weiß mit 16 schon, welchen Beruf er sein Leben lang ausüben will. Das ist kein Versagen, sondern normal. Brandenburg braucht Betriebe, die Potenzial sehen, Schulen, die erreichbar sind, und Behörden, die antworten. Vor allem braucht es echte Chancen statt Sonntagsreden.

Denn der Skandal ist nicht, dass junge Menschen noch nicht alles können. Der Skandal ist, wenn wir ihnen keine Gelegenheit geben, es zu lernen. Wer heute Jugendliche abweist, sollte morgen nicht über fehlende Fachkräfte klagen.

Sandra A. Borchert

Leserbriefe erreichen uns am besten unter:
info@hauke-verlag.de

Ein nicht aufzulösender Widerspruch



Von Michael Hauke

Ein Gymnasium in Berlin hat eine riesige Regenbogenfahne über eine ganze Etage des Schulgebäudes gespannt. Die Regenbogenfahne steht laut Definition der LGBTQ-Bewegung für folgende sexuelle Ausrichtungen: Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender, queere, intergeschlechtliche, asexuelle, pansexuelle und nichtbinäre Menschen. Außen hängt diese Fahne, innen liegt der Anteil der Schüler mit Migrationshintergrund nach Aussage der Schule bei mehr als 95%, fast alle sichtbar muslimisch.

In einer Befragung des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen stimmten 67,8% aller muslimischen Schüler der Aussage zu: „Die Regeln des Korans sind mir wichtiger als die Gesetze in Deutschland." Außen hängt also die Fahne der LGBTQ-Bewegung, innen herrscht die Scharia. Wenn Islam, Koran und Scharia für etwas überhaupt nicht stehen, dann sind das die sexuellen Ausrichtungen, die eben diese Fahne symbolisiert. Die größeren Jungs tragen Bärte, die meisten Mädchen sind verschleiert, teilweise von oben bis unten.

Ich unterhalte mich mit drei Lehrkräften der Schule. Eine bezeichnet sich mir gegenüber als „queer". Alle drei finden das Bild, das die Schülerschaft abgibt, „bunt und vielfältig".

Der Widerspruch zwischen der Scharia, nach der ein Großteil der Schüler lebt, und der LGBTQ-Agenda könnte größer nicht sein, aber er fällt ihnen nicht auf. Als sie mitbekommen, dass ich aus Brandenburg komme, fragen sie mich demonstrativ, ob ich da nicht Angst hätte wegen der vielen Nazis. Die vielen „Migrant*innen" würden das Leben in Berlin sicherer und bunter machen. Darauf frage ich sie, wer denn mit dem Auto in Weihnachtsmärkte, Stadtfeste oder in den CSD, das LGBTQ-Aushängeschild, fährt. Wer denn die hauptsächlichen Tatverdächtigen bei Gruppenvergewaltigungen und Messerattacken seien. Das war zu viel. Zwei der drei drehen mir nun den Rücken zu. Die dritte, die sich als „queer" bezeichnet hatte, sieht mich fassungslos an. Aus ihrer Sicht geht jegliche Gefahr für das Gemeinleben ausschließlich von rechts aus; je mehr Muslime im Land seien, desto geringer werde der Anteil der „Nazis".

Ich gebe zu, dass ich Schwierigkeiten habe, mich in diese Welt einzudenken, aber dann fällt mir das reflexartige Verhalten nach den Messer- oder Autoanschlägen von Solingen, Mannheim, München oder Berlin mit vielen Toten wieder ein. Am nächsten Tag gab es Demos; nicht gegen Islamismus und Terrorismus, sondern gegen „rechts".

Ein ähnliches Muster erleben wir bei migrantischer Jugendgewalt, zuletzt in Frankfurt (Oder) und in Potsdam. Sie wird so lange totgeschwiegen oder als „Rauferei" abgetan, bis die Situation derart überhandnimmt, dass sie nicht mehr zu leugnen ist. Die Landeshauptstadt Potsdam ist mit einem systemischen Migrantenterror gegen deutsche Schüler und inzwischen sogar gegen die Villen der „Gutmenschen" dafür ein beängstigendes Muster.

Szenenwechsel: Denken wir zurück an den Fall der Schauspielerin Collien Fernandes. Bis heute nicht belegte Vorwürfe „digitaler Gewalt" gegen ihren Ehemann führten zu Demonstrationen von „Frauenrechtlerinnen" vor dem Brandenburger Tor – und das Kabinett beschloss gar ein neues Gesetz. Das genaue Gegenteil erleben wir bei Gruppenvergewaltigungen. Genau dieselben „Frauenrechtlerinnen" verstummen völlig, wenn es um die fürchterlichste sexuelle Gewalt geht, die Frauen angetan werden kann. Reflexartige Aufregung entsteht höchstens dann, wenn jemand die Herkunft der Täter benennt. Wie kann es zu solch einem gravierenden Widerspruch in der Denke der politischen Linken kommen?

Hinter all diesen Verwerfungen steht die muslimische Masseneinwanderung. Sie ist im Gegensatz zur öffentlichen Darstellung im Großen und Ganzen eben keine Flüchtlingsbewegung. Die Einwanderung von Millionen Männern aus archaichen Gesellschaftsstrukturen erfolgt eben nicht, um ihr zu entkommen, sondern um sie hier genauso fortzusetzen. Die als Fluchtbewegung getarnte Masseneinwanderung ist ein klar definiertes Ziel des politischen Islams. Das Dogma des Vordenkers der Muslimbruderschaft, Yusuf al-Qaradawi lautete wie folgt: „Wir werden Europa erobern, nachdem wir zweimal gescheitert sind. Der Islam wird zurückkehren, diesmal nicht mit dem Schwert, sondern mit der Da'wa." Die „Da'wa" ist die Verbreitung des Islams u.a. durch Masseneinwanderung in traditionell christliche Länder. Spätestens nach dem Erfolg der „Da'wa" wird Schluss sein mit offen gelebter Homosexualität oder all den anderen Formen „queerer" Lebensweise. In vielen Gegenden Berlins und anderen deutschen Städten ist das bereits Realität. Hape Kerkeling nannte Homophobie als Grund, warum er aus Berlin wegzog. Auch ihm will nicht auffallen, dass muslimische Masseneinwanderung und der von ihm beklagte zunehmende Schwulenhass zwei Seiten derselben Medaille sind. Der Kampf gilt ausschließlich denjenigen, die diese Zustände beenden wollen. Kerkeling ist dafür ein besonders trauriges Beispiel. Die politische Linke, die sich als „Zivilgesellschaft" bezeichnet und inzwischen die wichtigsten Positionen im Staat besetzt, lebt diesen nicht aufzulösenden Widerspruch jeden Tag. Während jeder ins Land kommen darf und in vielen Fällen sogar mit Steuergeldern gefördert wird, der ein Kalifat fordert (denken Sie an die „Da'wa"), verhängte der Staat gegen jede Regel der EU-Freizügigkeit ein Einreiseverbot gegen den österreichischen Autoren Martin Sellner, der in seinem Buch einen konstruktiven und wirklich bedenkenswerten Vorschlag zur „Remigration" macht. Ein Widerspruch, den man sich nicht ausdenken könnte: diejenigen, die die grundgesetzliche Ordnung zugunsten eines islamischen Gottesstaates abschaffen wollen, bleiben unangetastet und werden sogar finanziell unterstützt, während die Buchlesungen eines Autors und Aktivisten, der das verhindern möchte, mit Einreiseverboten verhindert wird. Und bevor jetzt ein Aufschrei wegen des Buches von Martin Sellner erfolgt, bitte ich Sie ganz ruhig: Bitte lesen Sie es, bevor Sie es als „gesichert rechtsextremistisch" verurteilen. Ich habe es gelesen. Es ist sachlich, konstruktiv, in keiner Weise inhuman und zeigt einen Ausweg aus der Übernahme des Landes, ja des Kontinents, durch den politischen Islam.

Auch nach der Recherche für diesen Artikel bleibt für mich der nicht aufzulösende Widerspruch der politischen Linken bestehen. Auf der einen Seite verfolgt sie die LGBTQ-Agenda, auf der anderen Seite holt sie immer mehr Muslime, darunter viele Islamisten, ins Land, die genau diese Lebensweise verabscheuen und – wenn nichts Unvorhersehbares passieren sollte – in wenigen Dekaden die Mehrheit stellen wird.

Ich ermuntere die Leser, die sich diesem Spektrum zugehörig fühlen ausdrücklich, diesen Widerspruch zu erklären und ihn eventuell aufzulösen. Der Platz in unserem Leserforum steht dafür zur Verfügung.

Der Hauke-Verlag braucht Ihre Unterstützung! Wirklich.

Bitte helfen Sie mit, die Zeitungen des Hauke-Verlag zu erhalten. Ohne Sie wird es nicht gehen.

Liebe Leser, liebe Geschäftsleute, liebe Freunde des Hauke-Verlages,

Sie können mir glauben, dass ich mir einen solchen Unterstützungsaufruf zum Jahresende am liebsten verkneifen würde. Dass sich die Wirtschaft nicht nur in einer Krise, sondern in einer nie dagewesenen Transformation befindet, muss ich Ihnen nicht sagen. Viele Geschäfte, von deren Werbung wir jahrzehntelang lebten, verschwinden. Neueröffnungen gibt es praktisch gar nicht mehr. Ich könnte es mir leicht machen und sagen: ich folge dem allgemeinen Trend und ersetze Arbeitsplätze durch KI. Aber das ist nicht das, wofür ich arbeite. Ich habe diesen Verlag vor fast 36 Jahren gegründet, und einige Mitarbeiter sind seit mehr als 30 Jahren dabei. Liebe Leser, Sie kennen den Hauke-Verlag als ein Unternehmen, das sich einem Ethos verpflichtet fühlt. Mir geht es darum, dass unser Verlag eine ehrliche, wenn auch unbequeme Stimme bleibt. Und mir geht es auch darum, Ihnen ein ehrliches Produkt zu liefern! Wir werden Texte und Anzeigen nicht von KI erstellen lassen, auch wenn das der leichte und – leider – auch der übliche Weg wäre.

Der Hauke-Verlag ist der älteste Anzeigenblattverlag Ostdeutschlands. Für viele Leser sind unsere Zeitungen spätestens seit der Corona-Zeit ein wichtiger Anker und eine der ganz wenigen Printmedien, in denen nicht die vorgefertigten Narrative des Mainstreams wiedergekäut werden, sondern in denen gut recherchierte Beiträge erscheinen, die man in der Art sonst nicht findet.

Wir geben allen Menschen die Möglichkeit, unzensiert ihre Meinung zu äußern. Unser Leserforum ist das größte aller Zeitungen in Deutschland. Viele Menschen sind stolz darauf, dass unser Verlag aus der Gegend kommt, in der sie leben. Wenn das so bleiben soll, brauchen wir Ihre Unterstützung. Selbst wenn Sie denken, die müssen schon selbst klarkommen, bitte ich Sie um Ihre Mithilfe. Alle zusammen können wir deutschlandweit etwas Einzigartiges auf dem Medienmarkt erhalten.

Wenn Sie Unternehmer sind, können Sie uns nach Anzeigenschaltungen fragen. Sie erhalten eine Rechnung und können die Unterstützung des Hauke-Verlages in die Kosten nehmen.

Wenn Sie zu unseren Lesern zählen, die sich auf jede Ausgabe freuen oder es für wichtig halten, dass wir mit unserer großen Reichweite außerhalb irgendeiner Blase weiter viele Menschen erreichen, dann können Sie uns jetzt helfen. Ich wende mich an alle unsere Freunde, denen nicht klar ist, wie schwierig die Situation wirklich ist. Es gibt zwei Wege der Zuwendung.

• **Per Überweisung** auf unser Konto bei der Volksbank Fürstenwalde:
DE60 1709 2404 0000 0896 64 (Inhaber: Michael Hauke Verlag e.K.)

• **Per PayPal:** Klicken Sie dazu auf unserer Webseite www.hauke-verlag.de auf „Über uns" und dann auf „Lieb & Teuer". Dort können Sie auch dem Hauke-Verlags-Freundeskreis beitreten. Vielen, vielen Dank! **Ihr Michael Hauke**

EP: Electro Christoph

Electronic Partner

Hausgerätekundendienst - Meisterbetrieb -

EP: Electro Christoph – Ihr Händler und Fachwerkstatt in Fürstenwalde

WIR EMPFEHLEN FÜR IHRE KÜCHENMODERNISIERUNG

EINBAUGERÄTE VON BOSCH & Miele



Unser Service macht den Unterschied

Service: (03361) 6 92 25

Handy: 0171 - 7 27 37 47

Fürstenwalde, Einkaufszentrum Süd: Bahnhofstr. 22 A, Tel. 03361/5 71 02

Werkstatt: Langewahl, Am Luch 1-4

24 Stunden shoppen unter: www.ep-electro-christoph.de

JETZT

Nur solange der Vorrat reicht.

Der Heimatkalender 2027 ist da!



Heimatkalender 2027

Bilder aus dem alten Fürstenwalde



Anzeigenblätter in Brandenburg seit 1990

HAUKE VERLAG

Erhältlich in Fürstenwalde

- ***Musik & Buch Wolff,*** *Eisenbahnstraße 140*
- ***Tourismusbüro Fürstenwalde,*** *Mühlenstraße 1*
- *direkt im* ***Hauke-Verlag,*** *Alte Langewahler Ch. 44*

11,90 Euro